

BUNDESPOLIZEI 04 | 2022

49. Jahrgang
ISSN 2190-6718

kompakt



Der Entschärfungsdienst

Spezialkräfte auf neuen Wegen

Liebe Leserinnen und Leser,



„Weniger ist mehr“ oder „Qualität vor Quantität“ – diese Sprüche kennen Sie alle. Vielleicht klingen sie ein wenig abgedroschen, aber das ändert nichts an ihrem Wahrheitsgehalt. Im Falle der *kompakt* sind Sie gewohnt, sechs Ausgaben im Jahr in Ihren Händen zu halten. In diesem Jahr werden es aber nur fünf sein. Als wir in der zurückliegenden Ausgabe über den Einsatz der Bundespolizei beim G7-Gipfel in Elmau berichteten, haben wir ins Dabeisein, ins Abstimmen und in den Faktencheck viel Zeit investiert. Im Ergebnis sind die Beiträge akribisch recherchiert und gewissenhaft überprüft.

Dabei ist die einzelne Redakteurin und der einzelne Redakteur auf eine gute Zusammenarbeit mit anderen in der Organisation angewiesen, ebenso wie auf die hiesigen Fachreferate, die natürlich unverzichtbar für die inhaltliche Qualitätssicherung sind. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Das gilt auch für das Titelthema dieser Ausgabe. Wir berichten über den Entschärfungsdienst der Bundespolizei, eine junge Dienststelle mit einem neuen Redakteur für die *kompakt*, Volker Stall. Da gibt es freilich Inhalte, die nicht für jedermann bestimmt sind. Strategien, von denen Externe nichts wissen sollten. Es gibt Fotos, die zu viele Details zeigen.

Anders sieht das bei unserem Rückblick auf die Flutkatastrophe im letzten Jahr im Ahrtal aus. Betroffene erzählen, was ihnen seither widerfahren ist. Dabei geht es uns darum, Erinnerungen auch plastisch werden zu lassen. Die meisten vergessen viel zu schnell.

Erinnern wollen wir auch an die Anfänge des Engagements unserer Organisation im Ausland. Vor 65 Jahren wurde eine Handvoll Beamter entsandt. Heute stellen wir das größte Kontingent in der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Diesen Weg begleitet Janine Seewald mit einer Serie.

Also schauen Sie – nicht nur für die Serie – lieber bei uns als beim Streamingdienst rein.

Ihre Helvi Abs
Redaktion *kompakt*



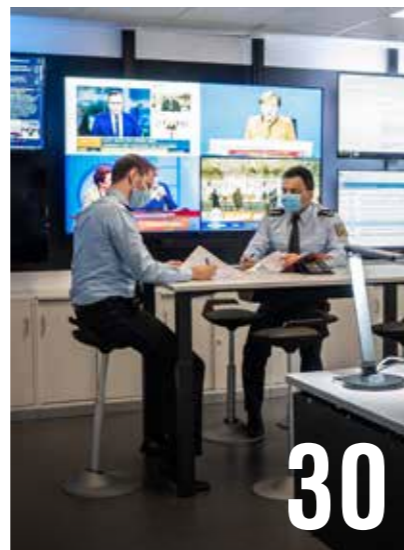
Entschärfer nach dem
Wasserschuss



6



22



30



34



38

Inhalt 04 | 2022

Titelthema

- 6 Der Entschärfungsdienst**
Spezialkräfte auf neuen Wegen
- 11 Nationale Ausbildungsverantwortung**
Die Entschärferschule
- 14 „Wir müssen früher an später denken!“**
Ein Tag in der Ausbildung des Entschärfungsdienstes
- 17 Innenansicht**
Von der Uni in den Entschärfungsdienst
- 18 „Die ‚Entschärferei‘ liegt mir am Herzen“**
Interview mit Dr. Peter Kolla
- 20 Mehr Raum für Entschärfergruppen an Flughäfen**
Neue Dienststellen in der Bundespolizei

Einsatz

- 22 Sicherheit als Exportschlager**
Auslandseinsätze der Bundespolizei im Wandel

Wir

- 26 „Wir müssen uns auf Kompromisse einstellen“**
Interview mit Peter Beiderwieden, Vizepräsident im Bundespolizeipräsidium
- 28 Von Rumänien zur Bundespolizei**
Familiendition in zwei europäischen Staaten

Hintergrund

- 30 Kommunikation neu gedacht**
Pilotprojekt Newsroom in der Bundespolizei

- 34 Bestandsaufnahme ein Jahr danach**
Flutkatastrophe 2021

- 37 Kolumne**
Wer hat's gelesen?

- 38 Der ungewöhnliche Weg eines Welpen zum Diensthund**
Bailey bei der Bundespolizei

- 41 Leistungsprämien**
Finanzieller Bonus für herausragende Leistungen

Zu guter Letzt

- 42 Schulklasse setzt sich kreativ mit der Flutkatastrophe im Ahrtal auseinander**
Polizeiliche Präventionsarbeit mündet in Kunstprojekt
- 43 Ein neuer Lebensabschnitt beginnt**
Tipps für den Ruhestand – Teil 3

Herausgeber
Bundespolizeipräsidium

Redaktion
Helvi Abs (V.i.S.d.P.), Lea Benz, Achim Berkenkötter, Heike Bremer, Marcus Büchner, Benjamin Fritsche, Jürgen Glaub, Dennis Goldbeck, Kirstin Hartmann, Fabian Hüppe, Sebastian Kalabis, Yvonne Manger, Elena Müller, Michael Oginski, Karina Pflumm, Stefanie Rutsch, Janine Seewald, Gerd Stahnke, Torsten Tamm, Stefanie Thomas, Anne Venus-Awartani

Anschrift
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon/Fax
0331 97997-9420/-9409

E-Mail
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Intranet Bundespolizei
infoportal.polizei.bund.de/kompakt

Internet
bundespolizei.de/kompakt

Lektorat
Anika Haink

Layout, Satz & Foto
Barbara Blohm, Jacob Maibaum, Jennifer Späth, Alexandra Stolze, Sarah Viebach
Bundespolizeipräsidium
Referat 66 – Medien

Druck
Firma Appel & Klinger
Druck und Medien GmbH
96277 Schneckelohe

Auflage
10 000

Erscheinung
sechsmal jährlich

Bundespolizei-Stiftung
Informationen unter www.bundespolizei.de

Wir danken allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Verfasserin oder der Verfasser verantwortlich. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung außerhalb der Bundespolizei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu kürzen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
9. August 2022

Informationen zum behördlichen Datenschutz finden Sie unter: bundespolizei.de/datenschutz

Bildnachweis: alle Bilder Bundespolizei, außer: S. 41, 43 Grafiken: Freepik.com

Spezialkräfte auf neuen Wegen

Der Entschärfungsdienst

Text Volker Stall

Neuer Name, neues Logo – aber was ist am Entschärfungsdienst der Bundespolizei (ENTSCHD BPOL) eigentlich neu? Entschärferkräfte gibt es in der Organisation doch schon immer! Zuletzt gehörten sie zu den Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheiten der Bundespolizeidirektionen, in Berlin zur Bundespolizeiinspektion Polizeiliche Sonderdienste. Neu ist, dass sie seit zwei Jahren eine eigene Dienststelle innerhalb der Bundespolizeidirektion 11 bilden. Aber regelmäßig kommen auch weiterhin zwei Entschärferkräfte, wenn der Entschärfungsdienst angefordert wird. Was hat sich also geändert?

Vorbereitung
des Wasserschusses



Was aussieht wie ein Bilderrahmen hilft den Einsatzkräften bei der Einschätzung der Lage.



Eine optimale Vorbereitung ist die Lebensversicherung der Entschärferkräfte.

Um das „Neu“ am Entschärfungsdienst zu verstehen, muss man circa 30 Jahre zurückblicken. 1992 übernahm der Bund die Luftsicherheitsaufgabe¹ an den großen Verkehrsflughäfen, die bis dato in der Zuständigkeit des jeweiligen Bundeslandes lag. Somit musste sich der Bundesgrenzschutz mit Gefahren in Verbindung mit Explosivstoffen auseinandersetzen. Dafür gab es nur wenige Spezialisten, diese fanden sich insbesondere in der GSG 9. Um die Aufgabe der Luftsicherheit unabhängig von der GSG 9 als eigene Aufgabe bewältigen zu können, erlernten speziell ausgewählte Einsatzkräfte der Technischen Einsatzhundertschaften dieses Handwerk. 1994 wurde der erste Entschärfer-Standort des Bundesgrenzschutzes am Flughafen Frankfurt am Main eröffnet. Bis 1996 folgten weitere nahe der Großflughäfen Hamburg, Berlin und München. Ihre ersten größeren Einsätze absolvierten die ersten „Entschärferinnen und Entschärfer“ während der Castortransporte und anlässlich der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York City und auf das Pentagon in Washington, D.C. wurde die Sicherheits-

architektur in Deutschland neu bewertet, woraufhin weitere Entschärfergruppen an den Flughäfen Bremen, Dresden, Hannover, Köln/Bonn, Leipzig/Halle und Stuttgart entstanden. Die fachliche Führung lag zu dieser Zeit bei den jeweiligen Bundesgrenzschutzpräsidien oder beim zuständigen Bundesgrenzschutzamt. Auch nach mehreren Reformen und der Umbenennung in Bundespolizei gab es keine einheitliche, fachliche Steuerung oder ein zentrales Einsatz-, Fortbildungs- und Materialmanagement. Erst 2014 entstand hierfür im Bundespolizeipräsidium eine Koordinierungsstelle.

Unter einem Dach

Mit Gründung der Bundespolizeidirektion 11 im Jahr 2017 wurden fünf spezialisierte Dienststellen unter einem Dach zusammengeführt. Zeitgleich erhielt die Behörde den Auftrag, eine Projektgruppe Entschärfungsdienst einzurichten, was sich als richtungsweisender Schritt für das Entschärfungswesen in der Bundespolizei herausstellte. Die Projektgruppe übernahm die Aufgaben der bisherigen Koordinierungsstelle im Bundespolizeipräsidium und hatte den Auftrag, eine zukunftsfähige Organisationsstruktur für das Entschärferwesen in der Bundespolizei

zu beschreiben. Das Ergebnis dieser Projektgruppe mündete in der Gründung einer eigenen Dienststelle Entschärfungsdienst am 15. Mai 2020 als nunmehr sechste Dienststelle der Bundespolizeidirektion 11. Dies bedeutete nicht nur eine organisatorische Änderung, sondern auch eine strategische Weiterentwicklung.

Neue Standorte

Entschärferkräfte sollen nicht mehr vorrangig an den Flughäfen, sondern in Bereichen der kritischen Infrastruktur wie Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes, Schutzobjekten des Bundes und auf See eingesetzt werden. Neben Entschärfergruppen in Bremen, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Köln, Leipzig, München und Stuttgart entstanden drei neue Standorte in Dortmund, Fulda und Nürnberg. Eine vierte Entschärfergruppe entstand mit Fokus auf maritime Einsätze in Bad Bramstedt. Einsätze auf Wasserfahrzeugen oder Bauwerken im Wasser werden zukünftig mit den regionalen Netzwerkpartnern von hier aus bewältigt.

Die Standorte in den Ballungsräumen Hamburg, Ruhrgebiet, Berlin, München und Frankfurt am Main wurden zu Schwerpunkt-Entschärfergruppen ausgebaut und zugunsten schnellerer Reaktionszeiten personell und materiell ertüchtigt. Mit der zentralen Koordinierung und Führung aller Entschärferkräfte kann immer auf das nächstverfügbare Team zugegriffen werden und so eine bessere Verfügbarkeit sichergestellt werden.

Diese organisatorischen Veränderungen, einschließlich des Aufbaus einer eigenen Entschärferschule, bedeuteten von Anfang an mehr Personal. Die Ausbildung unserer Entschärferinnen und Entschärfer, einschließlich die der Länder, übernahm 2021 die

¹ Die Bundespolizei trifft die gemäß Luftsicherheitsgesetz erforderlichen Maßnahmen zum Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs. Hierbei sind insbesondere Flugzeugentführungen und Sabotageakte zu verhindern.

Entschärferschule der Bundespolizei. Dazu wurden die Aufgaben der Bundespolizeiakademie und des Bundeskriminalamtes zusammengeführt und an den Entschärferdienst der Bundespolizei übergeben, sodass die zentrale Aus- und Fortbildungsverantwortung für das polizeiliche Entschärferwesen in ganz Deutschland an dieser Stelle zusammengeführt wurde.

Zentrales Einsatzmanagement für mehr Effizienz

Die meisten Einsätze ergeben sich an den Flughäfen und im Zusammenhang mit Pyrotechnik, zum Beispiel bei der An- und Abreise von Fußballfans, bei Angriffen auf Fahrausweisautomaten durch explosionsfähige Stoffe, bei herrenlosen Gepäckstücken in Zügen und Bahnhöfen oder bei Durchsuchungen in Zusammenhang mit Sprengstoff- oder Munitionsverdacht. Bundesweit sind es etwa 4 500 Einsätze pro Jahr, meist Sofortlagen. Davon ist jeder zehnte Einsatz für externe Bedarfsträger, für die Polizeien der Länder, das Bundeskriminalamt oder den Zoll.

Im Mittelpunkt steht immer die Gefahrenabwehr. Entsprechend berät das Entschärferteam die Polizeiführerinnen und -führer, klärt auf, bewertet und delaboriert, wenn von Gegenständen oder Substanzen eine Gefahr ausgehen könnte.

Alle Einsätze werden zentral koordiniert und tagesaktuell ausgewertet. Die Dienststelle Entschärfungsdienst pflegt für ein umfassendes Lagebild enge Kontakte zu benachbarten Behörden, Dienststellen und Einsatzeinheiten von Bund und Ländern sowie ins benachbarte Ausland.

Zentrales Beschaffungs- und Materialmanagement

Hinter den Kulissen sorgen die Kolleginnen und Kollegen des Zentralen Beschaffungs- und Materialmanagements dafür, dass Führungs- und Einsatzmittel wie Fernlenkmanipulatoren, Disruptoren oder Röntgengeneratoren jederzeit verfügbar und intakt sind. Sie verantworten den stetigen Nachschub von Verbrauchsmaterialien, von Klebeband bis zu Spreng- und Zündmitteln. Sie organisieren die Logistik für die Entschärferschule und für die Entschärfergruppen, die bundesweit aus- und fortgebildet werden.

Ausrichtung des Entschärfungsdienstes

In Vorbereitung zukünftig zu erwartender Einsatzszenarien befasst sich der Entschärfungsdienst fortwährend mit den Themen Mobilität, Aufklärung, Schutzausstattung, Fortbildung und entwickelt neue Fähigkeiten, insbesondere im Umgang mit CBRN²-Gefahrstoffen oder maritimen

Einsatzlagen. Hauptaugenmerk bleibt weiterhin, als verlässlicher Partner für die Bedarfsträger aus Bund und Ländern Gefahren im Zusammenhang mit USBV³- und Gefahrstofflagen abzuwehren.

Mit demnächst mehr als 200 operativen Einsatzkräften und 15 im gesamten Bundesgebiet verteilten Entschärfergruppen verfügt die Bundespolizei nicht nur über die größte Entschärferdienststelle in Deutschland, sondern auch in Europa. ■

² CBRN: chemisch biologisch radioaktiv nuklear

³ USBV: Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung. Als USBV werden nicht gewerblich hergestellte, in verschiedensten Formen vorkommende, insbesondere als Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs getarnte Vorrichtungen mit äußerlich ungefährlich erscheinendem Aufbau sowie veränderte oder missbräuchlich benutzte gewerbliche oder militärische Vorrichtungen bezeichnet, die eine Explosion und/oder einen Brand herbeiführen können.



Der Fernlenkmanipulator ist ein wichtiges Einsatzmittel.



Wenn die Technik nicht weiterkommt, müssen Entschärferkräfte ran.



Die Entschärferschule der Bundespolizei

Nationale Ausbildungsverantwortung

Text Volker Stall

Vor gut zwei Jahren entstand die sechste und jüngste Dienststelle der Bundespolizeidirektion 11: der Entschärfungsdienst. Eine seiner wesentlichen Aufgaben besteht in der Aus- und Fortbildung von Entschärferinnen und Entschärfern, nicht nur für die Bundespolizei, sondern auch für die Polizeien der Länder sowie für Österreich und die Schweiz.

Auf einem ehemaligen Militärflugplatz in Ostwestfalen, einem 308 Hektar großen Gelände, überdecken Gräser, Unkraut und Bäume die Betonwüste. Neben baufälligen und teilweise einsturzgefährdeten Objekten gibt es Unterkünfte, die noch kurz vor dem Abzug der britischen Streitkräfte renoviert wurden. Es ist das ideale Übungsgelände – verwaltet von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – welches der Entschärfungsdienst der Bundespolizei regelmäßig nutzen darf.

Dort trainieren im Mai und Juni 2022 vier Wochen lang gemeinsam Frauen und Männer der Polizeien aus Nordrhein-Westfalen (NRW), Baden-Württemberg, Thüringen und Schleswig-Holstein sowie Einsatzkräfte verschiedener Spezialeinsatz-

kommandos, des österreichischen Einsatzkommandos Cobra, der Kantonspolizei Zürich und des Bundeskriminalamtes (BKA), das praktische Handwerk der „Entschärferei“. Die gemeinsame Verwendungsfortbildung mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Bundesländern, Bundesbehörden und dem benachbarten Ausland erklärt sich aus der Historie des Entschärfungswesens.

Übertragung der Ausbildungsverantwortung

Mehr als 30 Jahre oblag die Aus- und Fortbildung der polizeilichen Entschärferinnen und Entschärfer dem BKA. Mit Gründung eines eigenen Entschärfungsdienstes der Bundespolizei 2020 wurde das Entschärfungswesen strategisch neu ausge-

richtet und die Ressourcen an einer Stelle gebündelt. Damit wurden die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung geschaffen.

Der Aufbau einer Entschärferschule in der Bundespolizei wurde mit Gründung des Entschärfungsdienstes der Bundespolizei im Mai 2020 vereinbart mit dem Zweck, Einsatzerfahrungen mit Aus- und Fortbildung unter einem Dach zu verknüpfen. Einsatztechniken, Einsatztaktiken und Einsatzverfahren werden mit wissenschaftlicher Unterstützung fortwährend weiterentwickelt und vermittelt.

Unter Beteiligung aller Bundesländer und des BKA wurde am 1. Juni 2021 die deutschlandweite Ausbildungsverantwortung für die polizeilichen



Ohne Teamwork geht es beim Entschärfungsdienst nicht.



Teamwork auch beim Anlegen des 40 Kilogramm schweren Bombenschutzanzugs



Taktisches Vorgehen von Fernlenkmanipulator und Entschärfer

USBV¹-Entschärferinnen und -Entschärfer auf die Bundespolizei übertragen. Ziel war es, bestehende Fortbildungsinhalte zentral zu bündeln und zu bewerten und die Aus- und Fortbildung bundesweit sicherzustellen. Dafür bedurfte es einer strukturierten Grundlagenarbeit und eines abgestimmten Angebotes für die Entschärferinnen und Entschärfer von Bund und Ländern. In der polizeilichen Sprengstoffermittlung behält das BKA die Aus- und Fortbildungsverantwortung. Entsprechend dieser Aufgabenteilung tragen Bundespolizei und BKA gemeinsam die Verantwortung für das nationale Entschärfer- und Sprengstoffermittlerwesen.

Anspruch der Entschärferschule

Mit Blick auf die neue Organisationsstruktur des Entschärfungsdienstes der Bundespolizei und auf neue Entschärfergruppen, einschließlich der zu beachtenden demographischen und strategischen Entwicklung in Deutschland und in der Bundes-

polizei, wurde deutlich, dass dauerhaft eine Vielzahl neuer Entschärferinnen und Entschärfer ausgebildet werden muss.

Schwerpunkte der Aus- und Fortbildung sind die Grundbefähigung und die regelmäßige Fortbildung aller operativen Einsatzkräfte. Von Anfang an wurden die USBV-Entschärfung in Luftfahrzeugen, in Kraftfahrzeugen und im öffentlichen Personenverkehr sowie der Umgang mit Pyrotechnik und die verschiedenen Formen der Sprengfortbildung verstärkt.

Darüber hinaus wurden sogenannte regionale Aufbautrainings entwickelt, die einmal pro Monat in wechselnden Entschärfergruppen durchgeführt werden. Sie beinhalten auch allgemeinpolizeiliche Themen aus den Bereichen Sport, Polizeitraining, Regeneration sowie Leistungs- und Ernährungsberatung. Zusätzliche Befähigungen in der maritimen Entschärfung und Be-

fähigungen, die bei Bedrohungen durch chemische oder biologische Agenzien, radioaktive oder nukleare Gefahren (CBRN) sowie in der sogenannten manuellen Neutralisation, der Handentschärfung, benötigt werden, bilden weitere Schwerpunkte.

Die enge Verbindung von Lehre und Praxis führt zu einem Synergieeffekt, der eine strategische und individuelle Weiterentwicklung der Lehrinhalte ermöglicht. Die Entschärferschule der Bundespolizei ist damit eine einzigartige Bildungseinrichtung in Deutschland. Sie hat sich eine kontinuierliche Kompetenz- und Fähigkeitserweiterung als Ziel gesetzt. Mittelfristig soll – sobald das Aus- und Fortbildungszentrum Eschwege mehrere Gebäude freigegeben hat und diese adäquat hergerichtet wurden – der Entschärfungsdienst der Bundespolizei mit der Entschärferschule am Bundespolizeistandort Fulda etabliert werden.

Wissenschaftlicher Anspruch

Die nationale und internationale Sicherheitslage erfordert, dass die Entschärferschule der Bundespolizei in puncto Sprengstoffentschärfung den neuesten wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Aus diesem

¹ USBV: Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung. Als USBV werden nicht gewerblich hergestellte, in verschiedensten Formen vorkommende, insbesondere als Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs getarnte Vorrichtungen mit äußerlich ungefährlich erscheinendem Aufbau sowie veränderte oder missbräuchlich benutzte gewerbliche oder militärische Vorrichtungen bezeichnet, die eine Explosion und/oder einen Brand herbeiführen können.

Instrukteurinnen und Instrukteure ...

... sind die Ausbilderinnen und Ausbilder in der Entschärferschule. Sie sind überwiegend praxiserfahrene Entschärferinnen oder Entschärfer aus den jeweiligen Einsatzorganisationen von Bund und Ländern. Für das Modul sechs werden Instrukteurinnen und Instrukteure der Bundespolizei, aller Länderpolizeien, des Bundeskriminalamtes und aus dem benachbarten Ausland eingesetzt. Dies bündelt Erfahrungen und Know-how.

Grund wurde ein Physiker eingestellt, der sich künftig den Fachgebieten der Selbstlaborate, Sprengstoffchemie und Sprengphysik widmet. Eine weitere wichtige Aufgabe wird für ihn die naturwissenschaftliche Beratung bei polizeilichen CBRN-Lagen sein.

Modulare Ausbildung

Das mit dem Aufbau einer Entschärferschule anzupassende Ausbildungssystem sieht für die angehenden Entschärferinnen und Entschärfer der Bundespolizei nunmehr eine modulare und zusammenhängende Verwendungsfortbildung vor. Hierdurch konnte die Ausbildungsdauer auf 24 Wochen verkürzt und die Ausbildungskapazitäten für Bund und Länder fast verdreifacht werden. Dieses neue System kann zudem von Behörden des Bundes und der Länder in Anspruch genommen werden. Hierdurch konnten bereits in den vergangenen zwei Jahren 72 Entschärferinnen und Entschärfer ausgebildet und mehr als 250 fortgebildet werden.

Die modulare Verwendungsfortbildung beginnt mit einem Vorbereitungslehrgang, in dem die Grundlagen des Entschärfungsdienstes vermittelt werden. Dieser beinhaltet auch ein Team-

training. Es folgen die Module zwei und drei, „Einweisung in das Sprengwesen“ und „Militärische Munition“.

Das vierte Modul, der Sprengbefähigungslehrgang, wird bislang im brandenburgischen Kammersdorf durchgeführt. Zwei Wochen lang trainieren die Teilnehmenden den Umgang mit dienstlich zugewiesenen Spreng- und Zündmitteln und erwerben den Sprengbefähigungsschein. Im fünften Modul werden die angehenden Entschärferinnen und Entschärfer in ihren künftigen Gruppen acht Wochen lang auf den Entschärferlehrgang, das sechste Modul, vorbereitet. Dieser sechste Ausbildungsabschnitt findet auf dem ehemaligen Militärflugplatz in Gütersloh (NRW) statt und ist der wohl wichtigste Baustein innerhalb der gesamten Ausbildung. In vier Wochen werden die zuvor erworbenen theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten in immer komplexeren Lagen geprüft. Am Ende dieser vier Wochen entscheiden eine theoretische und eine praktische Prüfung über Bestehen oder Scheitern. Strahlenschutz- und Gefahrgutlehrgang bilden die beiden letzten Module, bis es dann endlich heißt: „Herzlich Willkommen im Entschär-

fungsdienst der Bundespolizei“. Nach Abschluss des neunten Moduls dürfen sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer offiziell als Entschärferinnen oder Entschärfer bezeichnen. Nach dem Erwerb dieser Basisbefähigung werden die weiteren Fortbildungsmodule der Entschärferschule durchlaufen, um sich in spezialisierten Bereichen in Einsatztechniken und im Umgang mit Führungs- und Einsatzmitteln weiterzuentwickeln.

Internationale Ausbildungseinrichtung

Auch Einsatzkräfte aus Österreich und der Schweiz sind auf Lehrgängen der Entschärferschule der Bundespolizei zu finden. Aus Kooperationen in den zurückliegenden mehr als 20 Jahren ist ein vertrauensvolles Miteinander erwachsen. Die Bundespolizei bietet die Grundlagenausbildung an und Österreich sowie die Schweiz unterstützen wiederum die Lehrgänge mit Instrukteuren, Technik und Know-how. Der europäische und internationale Austausch im Entschärfungswesen gehört zum Selbstverständnis der Bundespolizei, davon profitiert letztlich der gesamte Bereich. ■



Ergebnis der Simulation einer Fahrausweisautomatensprengung



In sicherer Entfernung wird der Fernlenkmanipulator für den Einsatz vorbereitet.

Ein Tag in der Ausbildung des Entschärfungsdienstes

„Wir müssen früher an später denken!“

Text Elena Müller

Sie werden gerufen, wenn es brenzlich wird. Jeder kennt sie, viele haben schon Einsätze mit ihnen erlebt. Vor allem an Flughäfen und Bahnhöfen gehören sie fast zum Alltag: Die Entschärfer der Bundespolizei. kompakt begleitete einen Ausbildungstag in der Entschärferschule in Gütersloh.

Um kurz vor zwölf Uhr rollt mein Zug in Gütersloh ein. Auf dem Weg dorthin habe ich heimlich auf der Landkarte nachgeschaut, wo die Stadt eigentlich genau liegt. Die Antwort: in Nordrhein-Westfalen, nahe Bielefeld. Okay.

Am Bahnhof werde ich herzlich empfangen und wir fahren direkt zu einem ehemaligen Militärflughafen außerhalb der Stadt. Unser Auto hält in einem riesigen Hangar, in dem Kolleginnen und Kollegen gerade Mittagspause haben. Es ist unendlich warm und die Anstrengungen der bereits hinter ihnen liegenden Stunden sieht man

den meisten schon an. Verschwitzte T-Shirts hängen zum Trocknen in der Sonne, Schutzkleidung und triefende Stiefel liegen auf den sonnengewärmten Dächern der geparkten Autos. Die Verpflegungsbeutel sind reichlich gefüllt mit Wraps, Apfeltaschen, Joghurt und Obst. Kistenweise stehen Getränke bereit.

Als ich gemütlich um 8:30 Uhr am Berliner Hauptbahnhof in die gut temperierte Bahn stieg, begann für die angehenden Entschärferinnen und Entschärfer schon längst der Ausbildungstag.

Eigeninitiative und Ausbildungshilfe

Während ich mich ein paar Leuten vorstelle, landet etwa 100 Meter von uns entfernt ein Polizeihubschrauber. Die ersten Teams springen vom Mittagstisch auf, ziehen sich ihre halb getrocknete Kleidung an und fliegen in ein fiktives Fußballstadion. Dort wird gleich ein Szenario mit vorangegangener Luftverladung, also dem Transport von Einsatzkräften oder -material mit dem Polizeihubschrauber, trainiert. Alles, was die Teams für den Einsatz brauchen, muss vorher durchdacht und mitgenommen werden.

Ich schaue dem immer kleiner werdenden Hubschrauber hinterher und werde mit der Frage: „Lust, bei einer Fahrausweisautomatensprengung dabei zu sein?“, aus meinen Gedanken gerissen. Klar habe ich Lust! Doch wozu das Ganze? Die Antwort liefert Oliver G. aus dem Ausbildungsteam gleich nach: Die Bundespolizeiausbildungsstätte Bielefeld hat die Entschärferschule, einen Übungstator für die Ermittlungsarbeit der Anwärterinnen und Anwärter an einem Fahrausweisautomaten zu präparieren. Mit verschiedensten Explosionsstoffen haben wir daher nach und nach Spuren einer vermeintlichen Fahrausweisautomatensprengung verursacht. Der erste Silvesterknaller richtete noch nicht ganz so viel Schaden an. Je größer die Knaller wurden, desto größer waren die Schäden. Die letzte Sprengung durfte ich selbst ausführen, natürlich unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und unter Aufsicht des Fachpersonals. Eine umgangssprachlich als „Polenböllchen“ bezeichnete Pyrotechnik wölbte den Automaten schließlich in einem Ausmaß auf, dass ich erschrocken realisierte, welche Wucht so ein kleiner Knaller doch hat. Unvorstellbar, wie manche Leute so achtlos damit umgehen können.

Arbeiten unter schwierigsten Bedingungen

Weiter geht es zur nächsten Station. Marina L., eine Kollegin der Landespolizei, kniet in einem etwa zwei Mal zwei Meter breiten und drei Meter tiefen Schacht. In einem Wartungsschacht eines ehemaligen Tanklagers wurde eine unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) gefunden. So nennt man Gegenstände, von denen eine Gefahr aufgrund vermuteter Sprengladung ausgeht. Marina L. richtet gerade den Röntgengenerator aus, mit dem sie später eine Aufnahme des Innenlebens der USBV fertigt.

Der Raum zum Arbeiten ist unglaublich klein, der 40 Kilogramm schwere Bombenschutzanzug wiegt schwer auf ihren Schultern, die Anspannung ist deutlich zu spüren. An einem in der Nähe abgestellten Fahrzeug wartet ihr Teampartner auf sie. Mit ihm wird sie anschließend die Röntgenaufnahme auswerten und das gemeinsame Vorgehen besprechen. Die beiden wenden das angeeignete Wissen der vergangenen 20 Wochen an, in denen sie gelernt haben, mit ihren Führungs- und Einsatzmitteln umzugehen, USBV zu erkennen und diese zu entschärfen.

Kurze Zeit später, ein anderes Szenario an einem anderen Ort. Ein kettenbetriebener Roboter (tEODor EVO) fährt auf der Landebahn des Flughafens auf einen Container zu. Unbekannte Täter sollen einen Kanister voll explosiven Inhalts in einem Büro abgestellt haben. Anne K. von der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main sitzt in sicherer Entfernung auf der Ladefläche eines Transporters und steuert den Fernlenkmanipulator „tEODor EVO“, mit dem sie den Gegenstand gleich neutralisieren wird. Neben „Teo“ läuft ihr Teamkollege von der österreichischen Spezialeinheit Cobra.

In der nächsten Übungslage soll ich noch einen angehenden Entschärfer der Schweizer Kantonspolizei aus Zürich und Kollegen der Landespolizeien Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen kennenlernen. Sie alle „durchleben“ gemeinsam diesen Teil der modularen Ausbildung zur Entschärferin oder zum Entschärfer. „Eine große Herausforderung sind die unterschiedlichen beruflichen Hintergründe der Kolleginnen und Kollegen. Manche haben Vorerfahrung im Sprengwesen aufgrund ihrer jahrelangen Verwendung bei der Bundeswehr,



Am Bildschirm werden die Aufnahmen von den Kameras an den Robotern analysiert.



„tEODor EVO“ auf seinem Weg zum Gefahrenort

andere sind keine Polizistinnen oder Polizisten, sondern kommen aus den Kampfmittelbeseitigungsdiensten der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Andere Länder schicken ihre Entschärferinnen und Entschärfer der jeweiligen Landeskriminalämter. Wieder andere haben gar keine Erfahrungen im Entschärferwesen. Ziel ist, dass am Ende des vierwöchigen praktischen Lehrgangs alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer länderübergreifend auf dem gleichen Wissensstand sind“, sagt Oliver G.

Am Ende des modular aufgebauten Lehrgangs gibt es eine Abschlussprüfung, wie auch nach jedem der neun Module. Zeitmanagement ist hierbei ein großes Thema. Es gibt vieles zu beachten, jede Kleinigkeit wird bewertet: von der Alarmierung über die Einsatzfahrt zum Zielort, die Kontaktaufnahme mit den Personen vor Ort, die Informationsgewinnung, die Beurteilung der Lage, die Abarbeitung selbst und die finale Übergabe an die Tatortgruppe. „Läufst Du vor das geladene Wasserbeschussystem oder vor einen einsatzbereiten Röntgengenerator, bist Du in der Prüfung direkt raus“, sagt Rüdiger M., Leiter der Verwendungsfortbildung, nachdrücklich. „In den Reallagen darfst Du

Dir nicht den kleinsten Fehler erlauben.“ Der Entschärferlehrgang ist das Modul sechs, somit liegen noch einige Ausbildungsstunden und drei weitere Modulprüfungen vor den Teilnehmenden.

Buntes Portfolio an Ausbildungsstationen

Die Instrukteure haben in dreiwöchiger Vorbereitung insgesamt 24 Stationen für die Übungslagen aufgebaut: von bundespolizeilichen Lagen mit Kontrollspuren bei Luftsicherheitskontrollen über Bahnschienen und Fahrausweisautomaten bis hin zu Bankschaltern mit Geldautomaten, Bussen, Autos, Diskotheken und vielem mehr. Jede Station wird durchlaufen, für jede Lage haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vier Stunden Zeit. Die noch sehr junge Dienststelle ist auf das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den 15 Entschärfergruppen der Bundespolizei angewiesen. Viele sind freiwillig abgeordnet und helfen, wo sie können. Kontakte in alle Richtungen sind wichtig, damit Übungsmaterial herangeschafft und die Anlagen zu richtigen Übungsszenarien verwandelt werden können. „Was uns noch fehlt, ist ein ausrangiertes Zugabteil. Aber wir arbeiten daran, das zu realisieren“, sagt Oliver G. und schaut verschmitzt in die Sonne. Durch das Engagement

der Kolleginnen und Kollegen konnte innerhalb weniger Monate aus einer Brachfläche mit baufälligen Gebäuden ein Ort geschaffen werden, der für die Ausbildung der Entschärferinnen und Entschärfer optimal geeignet ist.

Im Laufe des Tages gibt es noch viele weitere Lagen anzuschauen. Um 21 Uhr geht die Sonne langsam unter. Kurze Zeit später ist es so dunkel, dass wir auf die Scheinwerferlichter der Autos angewiesen sind. Bis zum nächsten Tag um 6 Uhr werden noch weitere Übungslagen bewältigt. Jeder Lehrgang beinhaltet solche Nachtübungen.

Mein Besuch ist um ein Uhr nachts zu Ende. Ich bin müde, die Hitze und die vielen Eindrücke haben mich erschöpft. Wie es den Kolleginnen und Kollegen ergeht, woher sie die Kraft und Konzentration nehmen und unermüdlich weitermachen, auch wenn alles wehtut und der Kopf eigentlich längst müde ist, ist mir ein Rätsel. Vermutlich haben sie mittlerweile alle verinnerlicht, dass ein fester Wille das wichtigste Einsatzmittel ist, das sie haben. ■



Teambesprechung über das weitere Vorgehen unter Aufsicht der Instrukteure



Hier wird eine Haken- und Leinenstrecke eingerichtet.



Innenansicht

Von der Uni in den Entschärfungsdienst

Text Philipp Rinklin

Philipp Rinklin, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Entschärfungsdienstes, berichtet über seinen Werdegang sowie die ersten Monate als Teil der Bundespolizei-Familie.

Was macht ein wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Entschärfungsdienst der Bundespolizei? Hätte man mir diese Frage vor gut einem Jahr gestellt, hätte ich sicher bloß mit Schulterzucken antworten können. Damals bekleidete ich eine Stelle als akademischer Rat an der Professur für Neuroelektronik der Technischen Universität München. Dort beschäftigte ich mich im Rahmen von Grundlagenforschung mit der Verknüpfung biologischer und technischer Systeme. Konkret lag der Fokus unserer Arbeit in der Ableitung und Stimulation elektrischer oder anderer Signale sowie in der Point-of-Care-Sensorik (diesem Bereich sind zum Beispiel auch die mittlerweile allseits bekannten Corona-Schnelltests zuzuordnen). Des Weiteren fielen die Planung, Organisation und auch Abhaltung verschiedener Lehrveranstaltungen auf Bachelor- und Masterlevel wie auch die Beantragung, Koordination und das Management internationaler Forschungsvorhaben in meinen Aufgabenbereich.

Seit Mai dieses Jahres bin ich wissenschaftlicher Mitarbeiter und kann etwas mehr als ein Schulterzucken auf eingangs erwähnte Frage liefern. Angefangen bei der Chemie und Physik der Explosivstoffe bildet die „Entschärferei“ eine breite Überlappung mit klassischen naturwissenschaftlich-technischen Themen. Ebenso stellen Theematiken wie etwa Selbstlaborate¹ oder CBRN-Lagen² eine direkte Verbindung zu wissenschaftlicher Arbeit dar. Als

solches wurde mit Gründung des Entschärfungsdienstes im Mai 2020 der Aufbau einer Entschärferschule „mit wissenschaftlichem Anspruch“ in die Wege geleitet. Neben der Arbeit im Bereich Aus- und Fortbildung dient meine Stelle jedoch auch als zentraler Ansprechpartner für wissenschaftliche Fragestellungen (wie etwa zum Gefährdungspotenzial neuer Stoffe oder Ansätze) sowie für die Betreuung internationaler Kooperationen.

Was hat sich also für mich seit dem Wechsel zur Bundespolizei verändert? Neben einer Vielzahl an Abkürzungen habe ich in meiner bisherigen Zeit einiges über die „Entschärferei“, aber auch über polizeiliches Denken im Allgemeinen gelernt. Nicht zuletzt ist dies der Tatsache geschuldet, dass ich in den ersten Wochen eine Art „Crash-Kurs Bundespolizei“ durchlaufen habe. Dieser beinhaltete unter anderem den Besuch der diesjährigen RAILEX-Übung, die Luftverlastung nach Gütersloh zum Modul sechs der Entschärferausbildung sowie einen Tag Dienstbegleitung in der Entschärfergruppe Fuldata. Aber auch die Lektüre von Polizeidienstvorschrift und Arbeitsblättern der Bundespolizeiakademie sowie die Recherche über Explosivstoffe waren Teil meiner Anfangszeit im Entschärfungsdienst. Seit einigen Wochen nehme ich nun an der aktuellen Verwendungsfortbildung zum Entschärfer teil, die zurzeit den Großteil meines Kalenders füllt. Hieraus erhoffe ich mir einen tieferen Einblick in die tatsächliche Arbeit unserer Entschärferinnen und Entschärfer, um so meine spätere Lehr- und Fortbildungstätigkeit praxisnah gestalten zu können. Eine besondere Erfahrung

stellte in diesem Zusammenhang das Modul vier „Einführung in das Sprengwesen“ dar. Selbst mit Sprengstoffen zu arbeiten und die schiere Kraft dieser Materialien auf Stahlträger, Autos und Tresore wirken zu sehen, war alles andere als alltäglich. Ähnlich eindrucksvoll wird aber sicherlich der Entschärferlehrgang, der mich im Herbst mit Nachtlagen, erneuter Luftverlastung und breit aufgestellten Anforderungen an Einsatz- und FEM³-Kenntnissen erwartet.

Alles in allem kann ich voller Überzeugung sagen, dass ich die Entscheidung, mich beim Entschärfungsdienst zu bewerben, sicher nicht bereue. Bereits jetzt stellt meine Arbeit eine spannende und vor allem abwechslungsreiche Herausforderung dar, der ich mich gerne stelle. Die „Entschärferei“ ist für mich ein neues Arbeitsfeld und ich sehe in ihr ein vielseitiges Entwicklungspotenzial. Besonders freue ich mich darauf, in Zukunft zusammen mit meinen neuen Kolleginnen und Kollegen, national wie auch international, durch Austausch und Kooperationen die Kompetenz des Entschärfungsdienstes in puncto Lagebewältigung wie auch Aus- und Fortbildung voranzutreiben. Ganz im Sinne des selbst gegebenen Mottos der aktuellen Verwendungsfortbildung: „Simul crates vincimus.“⁴ ■

¹ Als Selbstlaborate werden in „Heimarbeit“ hergestellte, nicht-kommerzielle Sprengstoffe bezeichnet.

² Die Abkürzung CBRN bezieht sich auf chemische, biologische, radioaktive oder nukleare Gefahrenlagen.

³ Führungs- und Einsatzmittel

⁴ Lateinisch: „Gemeinsam überwinden wir [die] Hürden.“

Interview mit Dr. Peter Kolla

„Die ‚Entschärferei‘ liegt mir am Herzen“

Das Interview führte Volker Stall

Seit Mai 2020 ist Dr. Peter Kolla Chef des Entschärfungsdienstes der Bundespolizei. Zuvor leitete er die Projektgruppe, welche maßgeblich zur Gründung dieser bundesweit einzigartigen Dienststelle führte. Rund 18 Jahre lang war er Stabsbereichsleiter 2 der GSG 9 der Bundespolizei und davor viele Jahre beim Bundeskriminalamt (BKA) bereits mit der „Entschärferei“ befasst. kompakt hat mit ihm gesprochen und wollte wissen, was für ihn anders geworden ist, wo die Herausforderungen als Leiter des Entschärfungsdienstes liegen und ob die berufliche Veränderung eine gute Idee war.

Herr Dr. Kolla, mehr als zwei Jahre sind Sie nun Leiter des Entschärfungsdienstes der Bundespolizei. Was hat sich damit für Sie alles geändert?

Für mich war es schon eine einschneidende Veränderung, die GSG 9 nach 18 Jahren zu verlassen und eine neue Dienststelle aufzubauen. Dabei war der örtliche Wechsel von Hangelar nach Fulda und vor einem Jahr nach Kassel nicht einmal die prägendste Veränderung, sondern mich auf neue Kolleginnen und Kollegen einstellen zu müssen. Wenn man viele Jahre in der gleichen Einheit verbringt, kann man doch fast alle recht gut einschätzen und kennt sowohl persönliche Eigenschaften als auch die Arbeitsweise. Einige Entschärfer

und Gruppenleiter waren mir natürlich bereits bekannt. Im operativen Bereich wusste ich, dass ich mich auf das Personal auch beim Wechsel in die neue Dienststelle verlassen konnte. Die Führungsgruppe und die Entschärferschule mussten jedoch fast komplett neu aufgestellt werden. Hier habe ich sehr positive Eindrücke bei dem nach und nach neu zu uns kommenden Personal erhalten.

Wie reagierte Ihre Familie auf die erneute Veränderung?

Ich habe den gleichen Spruch erhalten, den ich über meine gesamte berufliche Laufbahn gehört habe: „Wenn Du meinst, Du musst das machen und wenn Dir das wichtig ist und Du Dich dabei wohlfühlst – dann mach es!“

Was hilft Ihnen an Know-how aus Ihrer Zeit bei der GSG 9 und nutzt Ihnen Ihre Bekanntheit in der Behörde, um Ziele schneller verwirklichen zu können?

Meine Fachkenntnisse, die ich über all die Jahre beim BKA und der GSG 9 ansammeln konnte, geben mir erst mal Sicherheit für Entscheidungen in der fachlichen Ausrichtung und Weiterentwicklung des Entschärfungsdienstes. Was ich aber bei der GSG 9 verinnerlicht habe, ist pragmatisches Handeln – Dinge einfach anzugehen, auch wenn sie erst mal kompliziert erscheinen. Natürlich können persönliche Kontakte in der Direktion 11 oder im Bundespolizeipräsidium hilfreich sein, um Ziele schneller zu verwirklichen. Es gab jedoch in beiden Organisationen tatsächlich viel Unterstützungswillen und eine positive Haltung zu unserer neuen Dienststelle.

So ein Dienststellenaufbau ist teilweise abhängig vom Engagement Ihres Teams. Wie motivieren Sie, auch wenn es mal nicht vorwärtsgeht?

Man kann mir in puncto Personalführung bestimmt kein großes Talent bescheinigen. Ich beantworte deshalb diese Frage aus meiner ganz persönlichen Sicht. Die primär motivierten

*Dr. Peter Kolla,
Leiter des Entschärfungsdienstes*



Trotz Technik, ohne Handarbeit geht es nicht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also diejenigen, die durch ihre Arbeit eigene Ziele erreichen wollen, benötigen keine Motivation durch mich. Die sekundär motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren natürlich schnell an Motivation, wenn sie keine Erfolgserlebnisse verspüren – es also „mal nicht vorwärtsgeht“. Ich versuche den Leuten auch immer mal kleine Erfolgserlebnisse zu verschaffen, indem sie in ihrem Bereich weitestgehend eigenverantwortlich arbeiten und viel Freiheit in der Dienstgestaltung haben. Im operativen Bereich – den Entschärfergruppen – liegt bereits eine hohe Motivation vor. Man muss diese aber erhalten, etwa mit optimaler Ausstattung und regelmäßiger Fortbildung.

Wenn Sie mit Blick auf den Dienststellenaufbau die Möglichkeit hätten, drei Dinge sofort umzusetzen, welche wären das?

Ich würde als Erstes die Ausstattung unserer Entschärfer sofort auf den neuesten Stand der Technik bringen und ihnen ein flexibles Portfolio an

Mobilität, Aufklärung, Schutz- und Wirkmitteln an die Hand geben. Als Zweites würde ich uns die personellen und materiellen Ressourcen für eine zukunftsorientierte Fortbildung mit den notwendigen Spezialisierungen schaffen. Als Drittes, weil Bauprojekte beim Bund immer länger dauern, würde ich mir den endgültigen Bezug einer Liegenschaft für Führungsgruppe und Entschärferschule mit der für uns notwendigen Infrastruktur wünschen.

Würden Sie rückblickend sagen, dass es eine gute Idee war, Dienststellenleiter des Entschärfungsdienstes zu werden?

Diese Frage kann ich nur mit einem uneingeschränkten „JA!“ beantworten. Der Fortschritt und die Weiterentwicklung der „Entschärferei“ in der Bundespolizei liegt mir seit sehr vielen Jahren am Herzen. Mit der Zusammenführung aller Entschärfer in einer Dienststelle wurde nicht nur das Fundament dafür gelegt, wir haben in den letzten zwei Jahren schon ganz viel in diesem Punkt erreicht. Inzwischen haben wir uns in der Entschärfer-

familie Bund und Land etabliert und können mit den Ländern zukünftige Ziele gemeinsam angehen. In den nächsten Jahren wollen wir auch internationale Verbindungen verstärken, um damit immer auf dem neusten Stand zu bleiben.

Ich selbst verknüpfe ein Erfolgserlebnis mit dem Aufbau und der Leitung des Entschärfungsdienstes.

Vielen Dank für das Gespräch. Weiterhin viel Erfolg. ■



Die helle Raumgestaltung und die moderne Einrichtung sorgen für den Wohlfühlfaktor.

Neue Dienststellen in der Bundespolizei

Mehr Raum für Entschärfergruppen an Flughäfen

Text Stefanie Thomas

Wie hat sich die Behörde weiterentwickelt? Was hat sich getan? Die kompakt behält die Entwicklungen im Auge und stellt die „Neuen“ in der Bundespolizei vor.

Das alte Gebäude der Entschärfergruppe am Düsseldorfer Flughafen steht zwar noch, aber nicht mehr lange. Bereits 2014 beim Einzug in den Bürotrakt mit angrenzender Fahrzeughalle war absehbar, dass die Unterbringung nicht von Dauer sein würde. Der Flughafen Düsseldorf plante unter anderem die Flächen der Entschärfergruppe sowie der Bundespolizeiinspektion Düsseldorf Flughafen anderweitig zu nutzen, was eine Verlagerung beider Dienststellen nötig machte. Eine Mammutaufgabe, die nur mit vereinten Kräften gemeistert werden konnte.

Neu- oder Umbau?

Unmittelbar nach dem Einzug der Entschärfer nahmen die Bundespolizeidirektion (BPOLD) Sankt Augustin und der Flughafen Düsseldorf die Planung zur dauerhaften Unterbringung beider Organisationseinheiten auf. Ein Neubau wurde diskutiert, letztlich aber verworfen, als die Flughafengesellschaft einen Umbau der „Halle 8“ ins Gespräch brachte. Sowohl die Bundespolizeiinspektion Düsseldorf Flughafen als auch die Entschärfergruppe sprachen sich aus einsatztaktischen Gründen für eine Sanierung dieses Flughafengebäudes aus.

Als die Planungen konkretere Formen annahmen und erste Grundrisse zu Papier gebracht wurden, war die Entschärfergruppe Düsseldorf noch Teil der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit der BPOLD Sankt Augustin. Mittlerweile ist sie organisatorisch bei den Spezialkräften der BPOLD 11 angesiedelt. Susanne Haller, die zuständige Liegenschafts-Sachbearbeiterin in Sankt Augustin, betreute das Bauvorhaben am Flughafen über den Organisationswechsel hinaus und konnte die Flächen nach Abschluss der Baumaßnahmen im Dezember 2021 an die Direktion 11 übergeben.



Die Fahrzeughalle bietet nicht nur Platz für Dienst-Kfz, sondern auch zum Anfertigen von Schulungsvorlagen.



Die geräumigen Umkleiden grenzen unmittelbar an den Sanitärbereich.



Während der Sanierung wurden umfangreiche Tiefbauarbeiten durchgeführt.



Es wurden neue Leitungen verlegt und die Raumaufteilung verändert.

Neues Jahr, neue Dienststelle
Anfang 2022 konnten die Spezialkräfte ihre neuen Räume endlich beziehen: In der „Halle 8“ verfügen sie über einen eigenen, abgetrennten Bereich. Lediglich Teile des zweiten Stockwerks werden gemeinsam mit der Inspektion Düsseldorf genutzt. Neben den beiden Fahrzeughallen, in denen auch Schulungsvorlagen gefertigt werden können, verfügt die Gruppe nun über eigene Schulungs- und Besprechungsräume, einen großzügigen Bereitschaftsraum mit Küche sowie zwei Übernachtungszimmern. Momentan besteht das Team zwar ausschließlich aus

männlichen Beamten, auf weiblichen Zuwachs ist man aber mit einer separaten Damenumkleide bestens vorbereitet. Auch die helle Raumgestaltung und die moderne Einrichtung erhöhen den Wohlfühlfaktor spürbar. Jan Fries, stellvertretender Gruppenleiter der Entschärfergruppe Düsseldorf, wirkt zufrieden mit seinem neuen dienstlichen Zuhause: „Wir schätzen diese Räumlichkeiten sehr!“

Zusammenrücken in Dortmund
Am Flughafen Dortmund sind ebenfalls neue Räume für die Entschärfergruppe in Vorbereitung.

Bis zur Umsetzung muss sich diese noch ein wenig in Geduld üben: Die Planungen zur Neuunterbringung sind beinahe abgeschlossen, bis zum Abschluss der Baumaßnahmen ist sie interimsmäßig im ehemaligen Gebäude der Flughafenverwaltung untergebracht und rückt näher mit den Kolleginnen und Kollegen des Reviers zusammen. Noch im Jahr 2022 sollen die Umbauten starten, eine Fertigstellung ist für den Winter 2023 anvisiert. ■

Auslandseinsätze der Bundespolizei
im Wandel

Sicherheit als Exportschlager

Text Janine Seewald



UN-Mission MINUSMA Mali (2013)

Vor mehr als 65 Jahren wurden die ersten vier Grenzschrützer zur Unterstützung des Auswärtigen Amtes (AA) nach Moskau (Russland) entsandt. Damals ahnte wohl kaum jemand, welche Entwicklungen sich für die polizeilichen Auslandseinsätze anschließen würden. Die Bundespolizei, damals noch Bundesgrenzschutz, wuchs im geteilten Deutschland erst schrittweise zu einem der wichtigsten Pfeiler der Sicherheitsarchitektur heran. Viele historische Meilensteine sind seitdem im internationalen Engagement der Bundespolizei gelegt worden. Heute umfasst die Behörde etwa 54 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wovon mehr als 1 000 ihren Dienst in über 90 Ländern verrichten.

Die Grenzen zu schützen, gehört zur ureigenen Aufgabe der Bundespolizei. Was sich einst aus dem Namen Bundesgrenzschutz ergab, führt die Behörde bis heute fort. Um dieser Aufgabe nicht nur national, sondern im Rahmen von weltweiten Kooperationen für mehr Sicherheit gerecht zu werden, wird das Auslandsengagement der Bundespolizei stetig angepasst. Seit der ersten „Entsendung“ im Jahr 1956 zeigt die Historie eine kontinuierliche Weiterentwicklung. Mit Einrichtung der Abteilung 4 für Internationale Angelegenheiten im Bundespolizeipräsidium 2008 wurde der zunehmenden Bedeutung des Auslandsengagement der Bundespolizei Rechnung getragen.

Heute bilden der Schutz der Außengrenzen und die Entsendung von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei zur frühzeitigen Erkennung möglicher Gefahren im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie die größten Segmente. Gemeinsame Zentren (GZ) und Verbindungsstellen, die Verbindungsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei (VB BPOL), die Dokumenten- und Visumberaterinnen und -berater (DVB), die Grenzpolizeilichen Unterstützungsbeamtinnen und -beamten Ausland (GUA), die Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation (PAH), die EU-Agentur Frontex sowie weitere Kooperationen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union sind Teil der weltweiten Sicherheitsarchitektur.

Während Internationale Polizeimissionen (IPM) das Ziel der Friedenssicherung haben, dienen Sicherheitsbeamtinnen und -beamte an deutschen Auslandsvertretungen (SAV), Sicherheitsberaterinnen und -berater (SiB), Sicherheitsbeamtinnen und -beamte 2.0 (SAV 2.0), Sicherheitsbeamtinnen und -beamte an deutschen Auslandsvertretungen in Krisengebieten (K-SAV) sowie die Polizeilichen Schutzaufgaben Ausland (PSA) dem Schutz der deutschen Auslandsvertretungen.

Entscheidet sich eine Bundespolizistin oder ein Bundespolizist für eine Auslandsverwendung, bringt das interessante Erlebnisse und viele Herausforderungen mit sich. In den kommenden Ausgaben zeigt **kompakt** mit verschiedenen Einblicken und Erfahrungsberichten, was es bedeuten kann, im Ausland tätig zu sein.

1956

Erstmals werden vier Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS) zur Unterstützung des Auswärtigen Amtes für den **Haus- und Ordnungsdienst** nach Moskau entsendet.

1989

Erster Einsatz von **Dokumentenberatern** zur Unterstützung von Luftfahrtunternehmen, Beginn der Vorverlagerungsstrategie zur Bekämpfung irregulärer Migration, grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus

Erste **Friedensmission** des BGS unter dem Mandat der Vereinten Nationen (UN) in Namibia

1992

Entsendung des ersten **Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten** ins französische Innenministerium

1996

Erstmals **Verbindungsbeamte** in Schengen-Mitgliedstaaten zum Ausgleich des Wegfalls der Grenzkontrollen

1999

Entsendung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in den Kosovo unter **UN-Mandat**



1991 – Klaus Seibert und Jörg Neiser (v. l.) als Dokumenten- und Visumberater in Moskau



Kontrollen am Grenzübergang Kalotina (Bulgarien)

2001

Erster Einsatz der Grenzschutzgruppe 9 an der afghanischen Botschaft in Kabul als **Personenschutz in Krisengebieten**

2002

Einrichtung erster **„Ad-hoc-Zentren“** einzelner Schengen-Mitgliedstaaten zur Kooperation der Grenzpolizeien Europas in den Bereichen Einsatz, Auswertung und Fortbildung

Erste Entsendung zur **Polizeilichen Aufbauhilfe** in Afghanistan und Einrichtung des „German Police Project Office“ (GPPO)



Gemeinsame Übung 2008 in Rumänien

2005

Gründung der **Grenzschutzagentur Frontex Grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte Ausland** sind im Einsatz an den EU-Außengrenzen und in bilateralen Einsatzmaßnahmen.

Entsendung erster **Sicherheitsbeamter** unter anderem an die Botschaften in Moskau, Peking und Kabul

2007

Umbenennung des GPPO Afghanistan in „German Police Project Team“ (GPPT) Afghanistan

2008

Übernahme des Personenschutzes im Ausland vom Bundeskriminalamt durch die Einheit **Schutzaufgaben in Krisengebieten**

Einrichtung der **Abteilung 4 – Internationale Angelegenheiten** im Bundespolizeipräsidium

2009

Beginn des **Schutzes deutscher Auslandsvertretungen in Krisengebieten** mit dem Personal des Arbeitsstabes Schutzaufgaben in Krisengebieten

Projektbüro im Königreich Saudi-Arabien zur Modernisierung des saudischen Grenzschutzes

2010

Ad-hoc-Entsendung von GUA an die griechisch-türkische Landgrenze unter der Ägide von Frontex

Aufbau der Einheit **„Schutz in Krisengebieten“** und Übernahme des Schutzes des Botschafters in Bagdad

2012

Angliederung des **„Personenschutzes Ausland“** an die **GSG 9 der Bundespolizei**

Evakuierung/Schließung des DVB-Standortes Damaskus wegen Ausbruchs des Bürgerkriegs

2015

Projektbüro in Tunesien zur Stabilisierung des Landes nach dem „arabischen Frühling“

Einsatz von GUA und der **Internationalen Einsatzeinheit in Serbien**



Verbindungsbeamter der Bundespolizei in den USA

2016/2017

Eingliederung der Bundespolizei in Strategien zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform in Drittstaaten

2017

Umbenennung der **Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten** in **Verbindungsbeamte der Bundespolizei**

Indienststellung der Bundespolizeidirektion 11 und organisatorische Angliederung der Einheit „Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland“

2018

Erste **GUA-Langzeitensendung** zum Flughafen Athen unter Anbindung an das Auswärtige Amt

2019

Novellierung der Frontex Verordnung mit umfangreicher Mandats- und Aufgabenerweiterung und **Schaffung einer „ständigen Reserve“** von 10 000 **Einsatzkräften** bis 2027 – die EU hat damit einen eigenen uniformierten und bewaffneten Sicherheitsdienst.

2021

Beendigung des **GPPT Afghanistan**

2022

Ad-hoc-Evakuierung des **VB/DVB-Standortes Kiew** (Ukraine) aufgrund des russischen Angriffskrieges

Interview mit Peter Beiderwieden

„Wir müssen uns auf Kompromisse einstellen“

Das Interview führte **Helvi Abs**

Seit April 2022 ist Peter Beiderwieden neuer Vizepräsident im Bundespolizeipräsidium. Er ist zuständig für die Abteilungen 5 bis 8. Damit steuert er die Themen Informations-, Kommunikations- und Polizeitechnik, Materialmanagement, Recht, Personal, Aus- und Fortbildung sowie Spitzensportförderung, Organisation, den Ärztlichen und Sicherheitstechnischen Dienst und last, but not least den Haushalt. Eine ganze Menge Holz für jemanden, der neu in die Behörde kommt. kompakt sprach mit ihm über erste Eindrücke, über Ziele und Visionen für die Bundespolizei.

Seit 100 Tagen sind Sie im Amt – als Vizepräsident im Bundespolizeipräsidium, zuständig für den nicht-operativen Teil der Organisation. Was hat Sie positiv, was negativ überrascht?

Ich wusste in etwa, was auf mich zu kommt. Bis vor zweieinhalb Jahren war ich fünf Jahre lang im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) als stellvertretender Leiter der Abteilung B tätig und somit zuständig für die Angelegenheiten der Bundespolizei. Ich hatte das sehr gern gemacht und als sich jetzt die Möglichkeit ergab, direkt hierher zu wechseln, habe ich nicht lange überlegt und zugesagt – und bis jetzt habe ich meine Entscheidung keinen Moment bereut.

Die meisten Themenblöcke kannte ich also. Ein bisschen Blackbox war für mich die Abteilung Zentrum für Infor-

mations- und Kommunikationstechnik. Ich habe ziemlichen Respekt vor dem, was dort gemacht wird. Allerdings fühle ich mich auch hier sehr gut beraten. Überhaupt habe ich immer das Gefühl, willkommen zu sein, hier im Präsidium und in den einzelnen Dienststellen, die ich schon besucht habe – und das ist sehr schön für mich.

Überrascht hat mich, dass die Bundespolizei nach den Zuwächsen im Haushalt und bei den Stellen noch nicht weiter ist mit der Konsolidierung und es beispielsweise immer noch eine „Dienstpostenschere“ in manchen Bereichen gibt. Heißt: Im ODP¹ sind deutlich mehr Dienstposten ausgebracht, als tatsächlich Stellen und Planstellen zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Manko wurde mir deutlich, als ich mich gleich in meiner

Startphase mit zwei Haushalten, für 2022 und 2023, beschäftigen musste: Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, jährlich Zuwächse zu bekommen. Das wird nicht so bleiben. Wir müssen uns auf Kompromisse einstellen.

Welche anderen Baustellen haben Sie bereits ausgemacht?

Der Personal- und Sachmittelhaushalt wird uns stark beschäftigen. Im Haushaltsentwurf 2023 haben wir eine Einsparauflage in der Verwaltung von 1,5 Prozent. Das sind 143 Stellen im Jahr. Das geht nicht, auch wenn wir weiterhin 1 000 Stellen jährlich zusätzlich im Polizeivollzugsdienst bis einschließlich 2026 erhalten. Hier müssen wir im parlamentarischen Verfahren

¹ Organisations- und Dienstpostenplan der Bundespolizei

Einfluss nehmen. Andere Behörden wie das BSI² und THW³ sind komplett ausgenommen aus den Stelleinsparungen. Unsere Verwaltung steht vor allem in den Bereichen Personal, Haushalt, Organisation und überall dort, wo sie mit den Zuwächsen im Polizeivollzugsdienst beschäftigt ist, sehr stark unter Druck. Dazu gehören ITler, Techniker oder die, die sich um die Fahrzeuge kümmern, ebenso Ärzte, Einsatzköche, der soziale Dienst. Eben alle, die dafür sorgen, dass die Vollzugskräfte ihre Einsätze wahrnehmen können. Das ist eine schiefe Entwicklung, die gehört korrigiert.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Wir versuchen, auf Parlamentarier Einfluss zu nehmen, indem wir sie informieren und sensibilisieren, welche Folgen diese Einsparungen hätten. Seit 1993 haben wir bereits mehr als 2 000 Stellen in der Verwaltung eingespart. Das hat zur Folge, dass viele Stellen mit Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen besetzt wurden. Das ist hier und da auch in Ordnung, es darf aber nicht zur Regel werden. Ansonsten führt das zu Einschränkungen im Vollzug. Diese Botschaft müssen wir der Politik vermitteln.

Sehen Sie uns gut aufgestellt in Fragen der Technik und Ausstattung oder gibt es Nachholbedarf?

Wir haben bestimmte Ideen, um die Widerstandskraft, die Resilienz der Bundespolizei zu stärken. Vorneweg verschiedene IT-Projekte, die Erhöhung der Netze und eine höhere Verfügbarkeit. Das brauchen wir, wenn das EES⁴ und ETIAS⁵ an den Start gehen sollen. Das kostet viel Geld und zusätzliche 400 IT-Fachkräfte. Bisher haben wir dafür noch nichts bekommen.

Einen weiteren Sondertatbestand, den wir angemeldet, aber noch nicht gebilligt bekommen haben, sind Drohnen, sogenannte UAS⁶. Sie sind wichtige Mittel zum Zweck der Aufklärung. Andererseits müssen wir uns aber auch zur Abwehr von Angriffen mit Drohnen wappnen.

Oder nehmen wir die Mehrzweckhubschrauber. Noch ist alles prima, aber

mittelfristig müssen wir sie ersetzen und ohne entsprechende Ermächtigungen im Haushalt können wir keine Planung beginnen.

Für neue Transporthubschrauber bekommen wir 1,8 Milliarden Euro über zehn Jahre verteilt. Es ist vorgesehen, die Stückzahl wie bisher beizubehalten und die leichten und mittleren Transporthubschrauber durch ein neues Modell zu ersetzen, das größer ist. Das Verfahren läuft. Geld ist eingestellt, aber ob das bei der momentanen Inflation reicht? Hier müssten wir eventuell noch etwas nachbekommen.

Apropos Inflation: Haben Sie eine Vorstellung, wie sich diese und die Energiekrise auf die Bundespolizei auswirken könnten?

Wir wissen noch nicht, was auf uns zukommt. Energieknappheit, höhere Spritkosten, die Gasknappheit wirkt sich aufs Heizen aus. Möglicherweise kaufen sich die Leute dann elektrisch betriebene Radiatoren. Es könnte zu Stromschwankungen oder Ausfällen kommen. Dafür müssen wir gut aufgestellt sein – und sind wir auch. Über eine Notstromversorgung und Satellitentelefone bleiben wir in der Lage, zu kommunizieren. Wir hatten zum Glück noch Geld, um hier zu investieren.

Werden unsere Dienststuben kälter?

Es gibt ein Programm der Bundesregierung, das unter anderem vorsieht, Heiz- und Kühllasten zu reduzieren. Bis Ende August mussten wir dem BMI berichten, wo wir Potenziale sehen. Dabei behalten wir den Arbeitsschutz im Hinterkopf und werden nicht wesentlich unter 20 Grad Raumtemperatur gehen können. Zudem gilt dann wieder, Dienstreisen zu vermeiden und mehr Telefon- und Videokonferenzen abzuhalten. Das mobile Arbeiten werden wir ebenfalls wieder stärker nutzen.

Sie haben bereits einen ersten Überblick erhalten, wo setzen Sie demnach die Prioritäten Ihrer Arbeit?

Wir sind technisch gut aufgestellt. Verglichen mit den Polizeien der Länder oder auch der Bundeswehr haben wir viel investiert. Wir haben zum

Beispiel einen hohen Klarstand bei den Mehrzweckhubschraubern. Aber je älter diese werden, desto niedriger der Klarstand. Das bedeutet, wir benötigen zu einem frühen Zeitpunkt ausreichend Geld, um neue beschaffen zu können.

Wir müssen in die Fortbildung investieren. Die enormen Zuwächse an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten – innerhalb von zehn Jahren ein Plus von etwa 50 Prozent – stellen eine riesige Herausforderung für die Bundespolizeiakademie im Bereich der Ausbildung dar, die sie allein nicht stemmen kann. Wir haben Ausbilderinnen und Ausbilder aus dem operativen Dienst genommen. Diese wollten jetzt wieder zurück und werden auch im Einsatz gebraucht. Die Ausbildungs-offensive dauert an und vielleicht ist auch bei 58 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch nicht Schluss. Darüber ist die Fortbildung in den letzten Jahren eindeutig zu kurz gekommen. Das muss sich wieder ändern.

Zum Abschluss eine persönliche Frage: Welchen Ausgleich zum stressigen Arbeitsalltag haben Sie?

Ich bin gern in meinem Garten, jogge mindestens einmal die Woche und gehe Segelfliegen und Motorradfahren. Ins BMI bin ich bei Wind und Wetter mit dem Rad gefahren. Dafür ist der Weg jetzt zu weit und das vermisse ich.

Vielen Dank für das informative Gespräch! ■

² Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

³ Technisches Hilfswerk

⁴ Entry Exit System

⁵ European Travel Information and Authorisation System (deutsch: Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem)

⁶ Unmanned Aircraft System (deutsch: unbemannte Luftfahrzeuge)



Teodora ist seit März 2021 im Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum Bamberg tätig.

Familientradition in zwei europäischen Staaten

Von Rumänien zur Bundespolizei

Text Marcus Büchner

Dass sich Geschwisterpaare für eine Verwendung bei der Bundespolizei entscheiden, ist sicherlich nicht ungewöhnlich. Wenn sie aus Rumänien kommen, ist dies jedoch nicht alltäglich ...

Teodora und Titian Tudori sind in Oravita (deutsch: Orawitz) in Rumänien geboren und dort gemeinsam mit zwei weiteren Brüdern aufgewachsen. Da ihr Vater und ein Onkel bei der rumänischen Grenzpolizei ihren Dienst verrichteten, hatten sie beide schon in frühester Kindheit eine Affinität zu Uniformen. So verwundert es nicht, dass Titian nach dem Abitur 1997 seine Ausbildung bei der rumänischen Grenzpolizei begann. Zur Ableistung der neunjährigen Dienstpflicht, welche sich an die Ausbildung bei der Grenzpolizei anschließt, arbeitete Titian an der rumänisch-serbischen Grenze – nur wenige Kilometer von seinem Heimatort entfernt. Dennoch strebte Titian schon früh nach

neuen Herausforderungen. So ergriff er 2004 die Chance, über ein Stipendium eines PHARE Twinning-Projektes¹ das Studium des gehobenen Dienstes innerhalb des 61. Polizeikommissarlehrgangs an der Bundespolizeiakademie zu absolvieren.

Woher aber konnte Titian wie auch seine Geschwister so gut Deutsch, um das Studium erfolgreich zu absolvieren? Als Angehörige der Minderheit der Banater Schwaben² wurden

die Geschwister von der Großmutter und der Mutter ausschließlich in deutscher Sprache erzogen. Deutsche Bücher und deutsches Fernsehprogramm unterstützten die Sprachfertigkeiten.

Auf indirektem Weg zum Bundespolizisten

Mit dem Erwerb des Diploms zum Verwaltungswirt begann Titians Karriere bei der Bundespolizei jedoch noch nicht, denn seine Verpflichtung

¹ Europäisches Programm zum Austausch von Expertenwissen und zur Stärkung demokratischer Institutionen

² Deutschsprachige Bevölkerungsgruppe im rumänischen Teil Banats, einer Region im heutigen Rumänien, Serbien und Ungarn, begründet durch die Ansiedlung deutscher und österreichischer Vorfahren ab dem 17. Jahrhundert.

Als rumänischer Staatsbürger zur Bundespolizei?

§ 7 Bundesbeamten-gesetz ermöglicht es allen Deutschen gemäß Artikel 116 Grundgesetz, Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes, in das Beamtenverhältnis berufen zu werden.



Titian arbeitet seit 2019 in seiner Wunschdienststelle am Flughafen in München.

zur Dienstleistung gegenüber der rumänischen Grenzpolizei war noch nicht abgegolten. So kehrte er 2007 nach Rumänien zurück und entwickelte sich in seiner Aufgabe an der rumänisch-serbischen Grenze zum Experten für Dokumente. Dieses Fachwissen setzte er in der Folge als Frontex-Experte bei Einsätzen in Polen, Slowenien, Bulgarien, Ungarn und Österreich ein. Seine Sehnsucht nach Deutschland im Hinterkopf, bewarb sich Titian 2017 bei der Bundespolizei im mittleren Dienst. Da er auch in Rumänien im mittleren Dienst tätig war, war dies für ihn eine logische Entscheidung.

Zum 1. August 2019 wurde Titian als Polizeiobermeister in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen und ist seitdem am Flughafen in München eingesetzt. Wie Titian selbst sagt, ist das seine Wunschdienststelle. In der Grenzkontrolle kann er seine grenzpolizeilichen Erfahrungen und sein Wissen um Dokumente zielgerichtet einbringen. Aufgrund dessen wird er von Kolleginnen und Kollegen gerne um Rat gefragt und ist fest in seiner Dienstgruppe integriert. So fällt ihm

die Trennung von seiner Familie und die Zeit bis zur monatlichen Heimreise leichter. Denn seine Söhne sollen zunächst ihre Schulabschlüsse in der Heimat Rumänien erreichen, bevor die Familie eventuell gemeinsam nach Deutschland übersiedelt. Den Aufstieg in den gehobenen Dienst hat Titian ebenso fest im Blick.

Nachwuchswerbung in der eigenen Familie

Titians jüngere Schwester Teodora arbeitete zunächst als Lehrerin in Rumänien. Doch auch in ihr keimte der Gedanke, Polizistin zu werden. Neben Titian waren zwischenzeitlich auch ihre beiden anderen Brüder bei der rumänischen Grenzpolizei tätig. Hinzu kam, dass Teodora zu jener Zeit Bewerberinnen und Bewerber für den rumänischen Grenzschutz in Englisch vorbereitete. Somit war die Grenzpolizei ein ständiges Thema in ihrem Leben. Aber statt sich in Rumänien bei der Grenzpolizei zu bewerben und den vermeintlich leichteren Weg zu beschreiten, folgte sie Titian und bewarb sich 2020 bei der Bundespolizei. Nach einem erfolgreichen Auswahlverfahren ist Teodora seit

März 2021 im Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum Bamberg in der Ausbildung des mittleren Dienstes. Auch Teodora sieht ihre Zukunft an einem der internationalen Flughäfen in Deutschland. Das Interesse an der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs und die Faszination für Dokumente teilt sie mit ihrem Bruder.

Dass sich der weite Weg von Rumänien zur Bundespolizei gelohnt hat, bestätigen beide. Zwar sind auch die wirtschaftlichen Vorteile nicht von der Hand zu weisen, jedoch betonen beide die Vielfalt der Aufgaben der Bundespolizei und die strukturierte Organisation als Schwergewicht für ihr positives Fazit. ■



#newsroom

Pilotprojekt Newsroom in der Bundespolizei

Kommunikation neu gedacht

Text Lea Benz

Mit ihren spezialpolizeilichen Aufgaben wie dem Grenzschutz, der Bahnpolizei oder der Luftsicherheit steht die Bundespolizei häufig im Fokus der Medien. Polizeiliches Handeln wird hinterfragt und diskutiert – ein Höchstmaß an Transparenz ist geboten. Hat die Bundespolizei wirklich den international gesuchten Mörder festgenommen? Welche Maßnahmen musste der Promi bei seiner Einreise über sich ergehen lassen? Fragen, mit denen sich die Pressestellen der verschiedenen Behörden tagtäglich befassen. Hinzu kommen der dynamische Wandel der Medienwelt – Themen und Ereignisse sind weniger vorhersehbar und mehrdeutig interpretierbar – und die voranschreitende Digitalisierung.

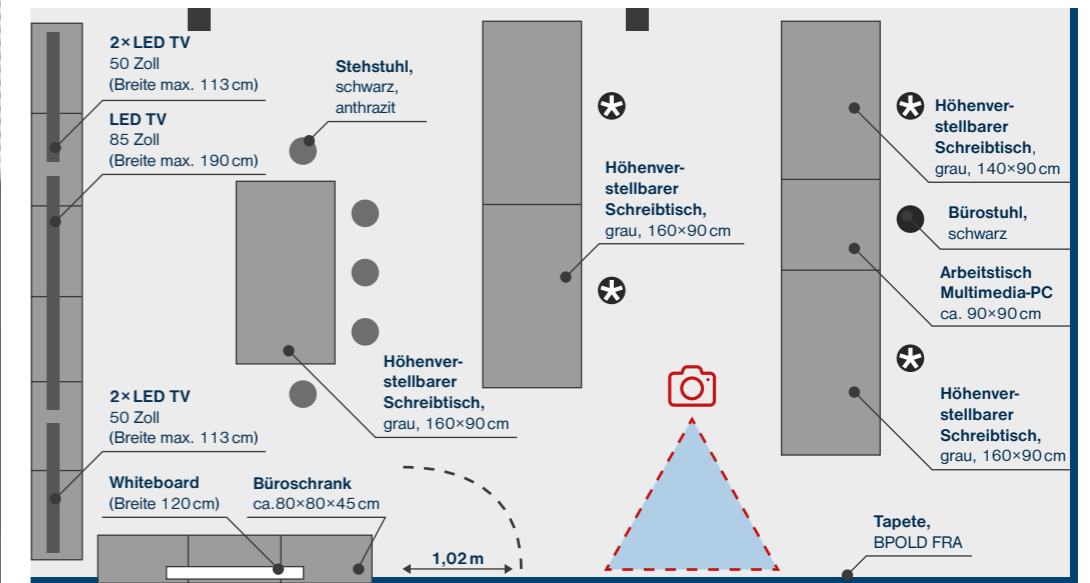
Diese Entwicklungen erfordern auch Veränderungen in den eigenen Kommunikationsstrukturen. Mit dieser Erkenntnis fiel der Startschuss für ein neues Pilotprojekt: Der erste Newsroom der Bundespolizei ging in der Direktion Flughafen Frankfurt am Main an den Start.



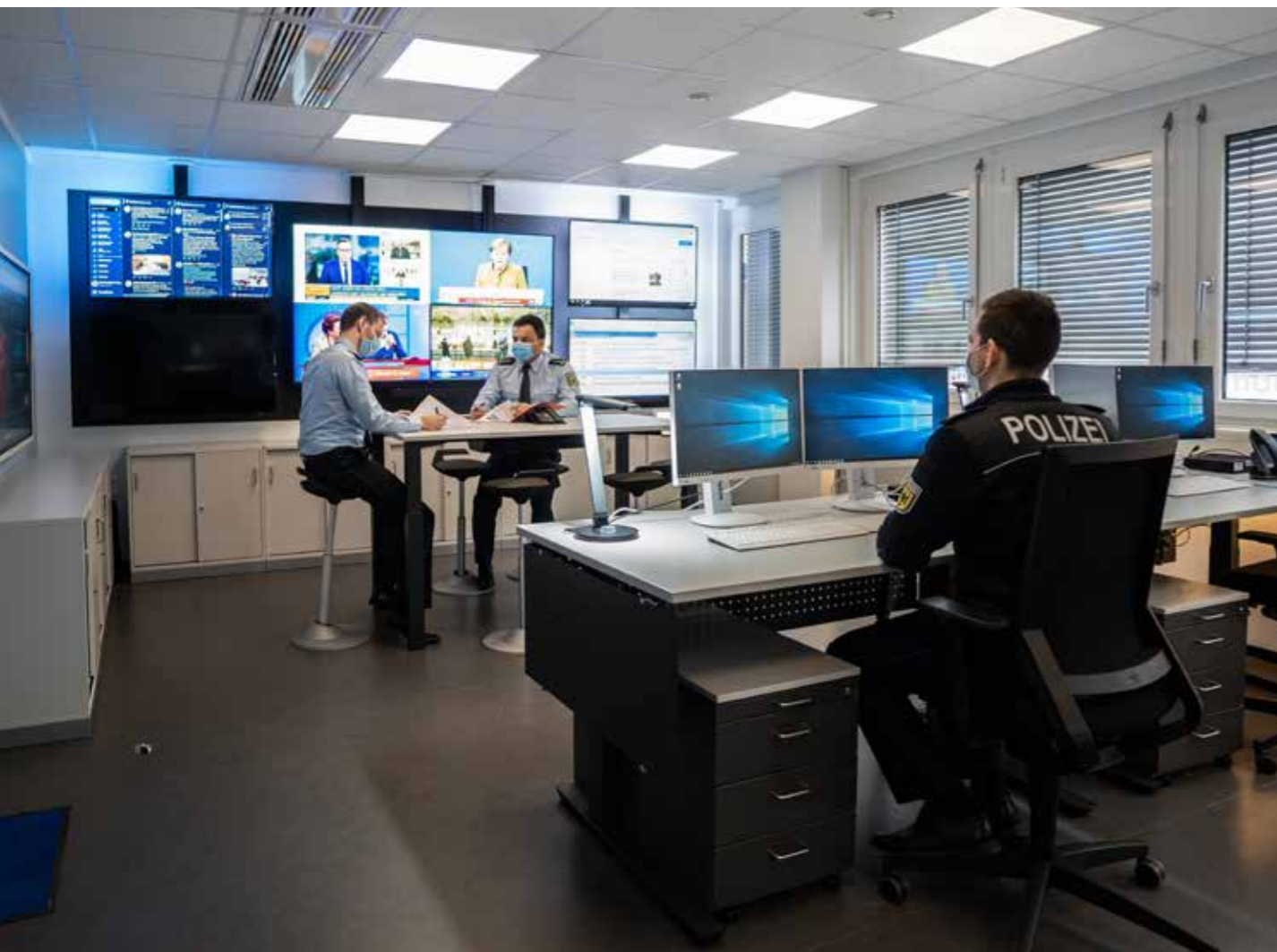
Videoproduktion



Einer der vier Arbeitsplätze im Newsroom



Raumkonzept Newsroom



Videowand als Kernelement

Als zentraler Arbeitsplatz, an dem aktuelle Nachrichtenmeldungen eingehen, die Informationen gebündelt, verarbeitet und adressatengerecht kommuniziert werden, hat der Newsroom einen erheblichen Vorteil im Hinblick auf eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Denn die Nachricht selbst steht als Kernelement im Fokus. Erst nach Beurteilung der unterschiedlichen Anforderungen der Kanäle und Zielgruppen werden die Inhalte gezielt vorbereitet und veröffentlicht, was eine besonders effiziente Kommunikation ermöglicht. Viele Unternehmen und Konzerne haben sich diesen Vorteil bereits zu Nutze gemacht und das Modell entsprechend umgesetzt.

Elektroinstallation, Malerarbeiten und Co.

Mit der Fragestellung, ob sich die Ideen und Abläufe eines Newsrooms in einer Behörde wie der Bundespolizei in die Praxis umsetzen lassen, begannen die Vorbereitungen in der Direktion Flughafen Frankfurt am Main. Von der ersten Idee im September 2019 bis zum Startschuss des Umbaus im Oktober 2020 verlangte die Gestaltung des Raumes – neben der Konzepterstellung – den beteiligten Bereichen einiges ab.

Die technischen und infrastrukturellen Anforderungen sowie die ganzheitliche optische Neugestaltung sollten nach dem Vorbild einer modernen Kommunikationszentrale erfolgen. Gerade weil die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und somit auch der Newsroom das Aushängeschild der Behörde ist.

Nach erfolgreicher Planungs- und Bauphase war es endlich so weit: Mitte Dezember 2020 wurde der Newsroom fertiggestellt und in Betrieb genommen. Mit seiner Monitorwand als Kernelement – bestehend aus fünf Bildschirmen inklusive einem Großbildschirm mit verschiedenen TV-Nachrichtenprogrammen – verfügt das neue Büro über vier Arbeitsplätze und einen zusätzlichen Hochleistungsrechner mit zahlreichen Bild- und Videobearbeitungsprogrammen, ein Grafik-Tablet sowie ein externes Mikrofon und eine Bildschirrkamera für Videoschaltkonferenzen. Ein digitales Whiteboard, unter anderem zur Hinterlegung von Notfallplänen und Checklisten sowie zur Unterstützung von Kreativphasen und Besprechungen, rundet die technische Ausstattung ab.

Bewährungsprobe bestanden?

Im Januar 2021 startete der einjährige Pilotbetrieb des Projekts Newsroom.

Nicht nur die Umstellung der internen Arbeitsprozesse hat zu einem deutlich höheren Output und einer Weiterentwicklung der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit geführt. Auch das ständige Medienmonitoring und die gezielte morgendliche Auswertung aller Kanäle, darunter digitale und soziale Medien sowie Lageinformationen, führte zu einer optimalen und vor allem aktuellen Informationssteuerung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie an die Führungskräfte der Direktion. Auch wenn die Newsroom-Besetzung im ständigen Austausch miteinander steht, sind tägliche Redaktionskonferenzen und regelmäßige Strategiebesprechungen mit der Behördenleitung und den Stabsbereichsleitungen zur stetigen Weiterentwicklung unerlässlich.

Eines ist sicher: Das Pilotprojekt hat sich nach Einschätzung aller Beteiligten zumindest in der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main bewährt und zu einer erheblichen Professionalisierung der Kommunikation in der Behörde geführt. Ob das Konzept auch auf andere „Flächendirektionen“ übertragbar ist, wird sich in Zukunft zeigen. ■



Flutkatastrophe 2021

Bestandsaufnahme ein Jahr danach

Text Anne Venus-Awartani und Jürgen Glaub

In der Nacht zum 15. Juli 2021 ereigneten sich schwere Unwetter in Deutschland. Unvorstellbare Regenmengen führten zu einer der größten Flutkatastrophen des Landes. Besonders betroffen waren Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Landkreise Ahrweiler und Euskirchen erlangten traurige Berühmtheit. Die schockierenden Bilder sind den meisten noch gegenwärtig. Wie viele andere verloren auch Kollegen und Kolleginnen der Bundespolizei ihr Hab und Gut oder sogar ihnen nahestehende Menschen. In der Ausgabe 05|2021 berichtete die kompakt ausführlich und erkundigte sich nun, ein Jahr nach der Katastrophe, wie es den Betroffenen ergangen ist.



Silke Tabbert schildert das Erlebte.

Wie präsent ihnen die Flut nach wie vor ist, zeigte sich bereits in den vorab geführten Telefonaten. So sagte eine Kollegin unser Treffen kurzfristig ab, weil angekündigte Unwetterwarnungen sie so aufwühlten, dass sie sich dem Gespräch nicht gewachsen sah. In der Vorbereitung war uns durchaus bewusst, dass wir ein sehr emotionales und sensibles Thema behandeln würden. Wie sehr uns die persönlichen Schilderungen der Gesamtumstände nachher unter die Haut gingen, hat uns dennoch überrascht und nachdenklich gemacht.

Im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum (AFZ) Swisttal trafen wir im Mai 2022 Silke Tabbert, Annette Tiba und Peter Dostert. Silke ist Fachlehrerin im AFZ und wohnt in der Nähe von Euskirchen. Ihr Zuhause wurde durch das Hochwasser schwer beschädigt. Aufgrund der direkten Nähe zur Steinbachtalsperre mussten sie und ihr Partner nach der Flut evakuiert werden. Es konnte damals nicht ausgeschlossen werden, dass die Talsperre brechen wird. Entsprechend verzögerten sich die Aufräumarbeiten am Haus und

dadurch wurde das Mobiliar weiter zerstört. In der Situation nichts tun zu können, hat sie sehr belastet. Ihr Haus ist bis heute nicht vollständig wiederhergestellt. Dennoch schildert Silke, dass sie im Vergleich zu vielen anderen, glimpflich davongekommen sei.

Häuser sind immer noch gezeichnet

Annette wohnt in der Stadtmitte in Bad Neuenahr. Von der ehemals florierenden Fußgängerzone vor ihrer Haustür ist heute nicht mehr viel zu spüren. „Die Straße ist zerstört, Geschäfte sind noch immer mit Brettern vernagelt und es sieht noch immer katastrophal aus“, sagte Annette. Ihre Wohnung blieb von der Flut verschont, trotzdem ist das Haus noch immer eine einzige Baustelle. Sie hatte die Schrecken der Flutnacht hautnah miterlebt und erinnert sich: „Es war beängstigend, auf dem Dach ausharren zu müssen und die Wassermassen um einem herum zu erleben.“

Das Haus von Peter steht unweit der Ahr. Es ist nach einem Jahr noch immer schwer gezeichnet und nicht bewohnbar. In der besagten Nacht konnte der Familienvater von vier

Kindern einen seiner Söhne nur in letzter Sekunde aus dessen Zimmer im Untergeschoss retten. Das Wasser im Unter- und Erdgeschoss stieg in dieser Nacht bis auf 2,20 Meter. Den Neuaufbau des Hauses, in einer immer noch von Zerstörung gezeichneten Gegend, beschreibt er als sehr aufreibend. Sichtlich bedrückt schildert er seine anhaltende Fassungslosigkeit über die verschwundenen Monumente seiner Heimat: „Wo ist die Brücke hin? Es wird Jahre dauern, bis ich das begreifen kann.“

Wechselbad der Gefühle

Diese Nacht hat die Mitarbeitenden des AFZ Swisttal nachhaltig traumatisiert. Annette Tiba bekommt seither bei Regen Panik und überlegt in diesen Momenten, welche ihrer Sachen gerettet werden müssen. Silke Tabbert formuliert klar ihre Angst vor Wetterextremen und beschreibt ihr damit einhergehendes Beklemmungsgefühl. Generell fühlen sich alle drei nach diesem Erlebnis nicht mehr so belastbar wie davor. Die Strapazen stehen ihnen ins Gesicht geschrieben, während sich das Erlebte vor ihrem inneren Auge erneut abspielt. Immer mal zittern ihre Stimmen, sie müssen

„Wo ist die Brücke hin? Es wird Jahre dauern, bis ich das begreifen kann.“

Peter Dostert

sich räuspern und sammeln sich, während sie weitererzählen. Sie zeichnen ein Bild des schrecklichen Ausmaßes und der Veränderungen ihrer Leben nach der Flut.

Dennoch können bei allen dreien auch positive Schlüsse gezogen werden. Aufgrund der Evakuierung musste Silke zunächst in einem Wohnmobil wohnen. Anstandslos wurde ihr ein Platz auf einem Werksgelände in Euskirchen zugesagt. Überwältigt wurde sie von der Welle der Hilfsbereitschaft, die ihr umgehend und sehr unerwartet zuteil wurde. So konnte sie andere Betroffene informieren, die anschließend den

Daten/Zahlen/Fakten der Bundespolizeistiftung im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe 2021

- 1 348 Spenden (auch Sammelspenden)
- 191.222 Euro Gesamtspendensumme
- 53 Anträge auf Hilfen
- 38 Soforthilfen
- 31 Ausgezählte Hilfen (prozentuale Hilfen im Verhältnis zur Schadenssumme)



Hinweis der Bundespolizeistiftung

Es besteht weiterhin die Möglichkeit Geschädigten der Flutkatastrophe 2021 Hilfen zu gewähren. Bitte richten Sie Fragen und Anträge direkt an: Bundespolizeistiftung@bmi.bund.de
Wir werden unbürokratisch und schnell prüfen und entscheiden.
Ihre Bundespolizeistiftung



Wohnungstür von Annette Tiba



Während der Flut ...



... und danach

besagten Parkplatz mit Wohnmobilen bezogen. Vor Ort wurden sie zusätzlich durch die Firma mit Strom, Wasser und Essen versorgt.

Währenddessen fanden regelmäßig Treffen mit den Nachbarn statt, um sich über das Erlebte auszutauschen. So entstand eine enge Gemeinschaft untereinander. Auch viele helfende Hände aus dem Kollegenkreis wuselten in Silkes Haus und brachten so die Baustelle voran. Selbst solche, die früher nur Bekannte waren, halfen wo es nur ging. Um ihrem Dank nochmals Ausdruck zu verleihen und zu zeigen was bisher geschafft wurde, richtete sie zum Jahrestag ein Helferfest aus. Für Peter war und ist der Zusammenhalt in der Familie am elementarsten und eine großartige Bestätigung dafür, gemeinsam auch solche Ereignisse überstehen zu können. Die Wichtigkeit der privaten Kontakte wurde ihm ersichtlich, da sonst wenig praktische Hilfe angeboten worden sei. Durch die Vernetzung seiner Söhne konnte zum Beispiel auch das Haus gefunden werden, in dem sie bis heute immer noch übergangsweise wohnen. Auch das Ausräumen seines zerstörten Hauses wäre ohne die Freunde seiner Kinder kaum möglich gewesen.

Hilfen kommen an – aber es ist noch ein langer Weg

Alle drei sind dankbar für die schnelle, unkomplizierte Unterstützung der Bundespolizei und vor allem durch die Kollegen und Kolleginnen ihrer Heimatdienststelle AFZ Swisttal. So fanden Peter Dostert mit seiner Familie und Annette Tiba umgehend Obdach in der Liegenschaft in Heimerzheim. Dort kamen neben einigen anderen Kolleginnen und Kollegen auch Bundespolizei-Externe unter. Sie loben auch die zusätzlichen Tage Sonderurlaub sowie die Rücksichtnahme der Vorgesetzten, ohne die vieles überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Die Bundespolizeistiftung unterstützte Betroffene mit finanziellen Spenden.

Dennoch wird klar, dass die Ausnahme-situation noch sehr viel länger andauern wird und Normalität in naher Zukunft nicht denkbar scheint. Besonders die Tatsache, dass sie jeden Tag an Orte zurückkehren, an denen die Infrastruktur noch immer desolat ist, erinnert täglich an das Erlebte. Einige Menschen seien an der Flut zerbrochen, aber die drei kämpfen beharrlich weiter.

„Ich will nicht weg, ich habe Vertrauen und bleibe hier“, sagte Silke.

Peter will eigentlich sein Haus wieder aufbauen, überlegt aber auch, es zu veräußern und aus seinem Heimatort Ahrweiler wegzuziehen. Annette wird in Bad Neuenahr bleiben.

An vielen Stellen des Gesprächs waren wir sprachlos und konnten nur erahnen, was die Betroffenen durchgemacht haben. Der eine oder die andere nimmt deshalb bereits psychologische Hilfe zur Aufarbeitung der Erlebnisse in Anspruch oder ist noch auf der Suche danach. In den Gesprächen wird uns deutlich, dass sie die Fassade häufig während der Arbeit aufrechterhalten, da sie den anderen nicht zur Last fallen wollen. Es gibt Vorgesetzte und Kollegen, die ihre Probleme als Betroffene nicht nachvollziehen können, andererseits wollen sie auch nicht als Opfer angesehen werden. Ein Zwiespalt.

Wir sagen Danke für die Zeit und den Mut, uns das Erlebte zu erzählen und wir wünschen allen von der Flut Betroffenen die Kraft, weiterzumachen. ■

Kolumne

Wer hat's gelesen?

Text Heike Bremer

Die Autorin (43) ist Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit in der Bundespolizeiinspektion Berlin-Hauptbahnhof und seit 2019 Redakteurin der **kompakt**.



Hand aufs Herz: Wie viele von Ihnen lesen die Packungsbeilage von Medikamenten? Ich gebe zu, es nur bei Arzneien meiner Tochter zu tun, da sie auf vieles allergisch reagiert. Der ins Kleinste gefaltete Zettel (der nach dem Lesen nie wieder so in die Packung passt wie vorher) bombardiert mich mit unzähligen Informationen und wirkt gleichzeitig wie ein Haftungsausschluss. Im Falle von Nebenwirkungen soll ja niemand behaupten, man wäre nicht gewarnt worden.

Ein ähnliches Prinzip wird bei den Unterrichtungen der Mitarbeitenden der Bundespolizei angewandt. Wie ein kalter Schwall aus einem Wassereimer entlädt sich einmal jährlich das geballte „Tu-das-nicht“. In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich nicht nur der Name geändert. Während man früher über etwaige Rechtsfolgen seiner Handlungen „belehrt“ wurde, wird man heute darüber „unterrichtet“, wie man sich im Dienst zu verhalten hat. Wo sich vormalig in einem Sammelurium aus willkürlich in der Dienststelle zusammengestellten Blättern teils antike, längst überholte Themen fanden, gibt es heutzutage zumindest Struktur. In der Bundespolizeidirektion Berlin werden alle Inhalte zentral für alle Dienststellen vorgehalten und regelmäßig aktualisiert. Auf Deckblättern sind die Kerninhalte stichpunktartig zusammengefasst.

An der Umsetzung ändert sich dadurch leider nicht viel.

Ein zwei Kilogramm schwerer Aktenordner wandert im Rahmen von Fortbildungstagen Jahr für Jahr durch viele Hände und wird mehr oder weniger unbeachtet weitergereicht. Am Ende unterschreiben alle die Unterrichtungsbögen und bestätigen damit aktenkundig, über die Inhalte informiert zu sein.

Unser Ordner enthält 29 Themenkomplexe. Das sind über 400 Seiten Papier, bedruckt mit Rahmendienstsanweisungen, Handlungsempfehlungen, Grundsatzverfügungen, Auszügen aus Polizeidienstvorschriften und Richtlinien. Im Grunde genommen also ein abschließendes Regelwerk für korrektes Verhalten im Dienst. Nicht alle Inhalte treffen auf alle Mitarbeitenden gleichermaßen zu. Es gibt Unterscheidungen zwischen Polizeivollzugskräften, Angehörigen des Verwaltungsdienstes und Tarifbeschäftigten. Ebenso gelten einige Themen nur für spezielle Zielgruppen, beispielsweise für Inhaberinnen und Inhaber von Dienstführerscheinen oder für Mitarbeitende mit Führungsfunktionen. Die Bandbreite reicht von „A“ wie Alarmordnung bis „V“ wie Verbot von Alkohol. Unstrittig sind das alles wichtige und nützliche Themen, der praktische Nutzen erscheint nur teilweise fragwürdig. Macht es Sinn, den Mitarbeitenden mit Hilfe einer 17-seitigen Dienstsanweisung den Umgang mit dienstlicher Informations- und Kommunikationstechnik zu erläutern? Ist ein achtseitiges Merkblatt zur Ausübung von Nebentätigkeiten tatsächlich geeignet,

die gewünschten Informationen zu vermitteln, wenn man sie kurz zur Kenntnis nimmt, allenfalls überfliegt? Ich behaupte, das ist es nicht. In unserer Führungsgruppe führe ich die Unterrichtungen durch und schaue regelmäßig in fragende Gesichter. Aus meiner Sicht bedarf es innovativerer Lösungen. Neben der Informationsfülle und der optischen Aufbereitung gibt es nämlich noch grundlegenden Optimierungsbedarf, wie beispielsweise eine verständliche Wortwahl.

Letztlich sollten die Unterrichtungen nicht nur dem Haftungsausschluss dienen, sondern Hinweise und Hilfestellungen für die zahlreichen Facetten des Dienstalltages bieten.

Sie haben eine Idee, wie man es besser machen kann? Oder es gibt in Ihrer Dienststelle schon angepasste Vermittlungswege? Dann bitte ich Sie, reichen Sie Ihren Vorschlag im Ideenmanagement ein! Von mir bekämen Sie ein klares Votum für eine Prämie. ■

Bailey bei der Bundespolizei

Der ungewöhnliche Weg eines Welpen zum Diensthund

Text Karina Pflumm

Im Alter von vier Monaten hatte die kleine Hündin Bailey schon einiges erlebt: Im Corona-Lockdown wurde sie von einem Besitzer zum nächsten weitergereicht. Diensthundeführer Volker Jühlke von der Bundespolizeiinspektion Stuttgart nahm den Welpen bei sich auf und entdeckte schnell Bailey's Talente, mit denen sie es zur Bundespolizistin auf vier Pfoten schaffte.

Innerhalb eines Jahres hatte das Leben von Bailey eine erstaunliche Wendung genommen. Im ersten Corona-Lockdown kaufte eine Frau die kleine Schäferhündin von einem Züchter. Als die Besitzerin nicht mehr aus dem Homeoffice arbeiten konnte, fand sie kaum mehr Zeit für Bailey. Also wurde sie, wie so viele andere Hunde zu dieser Zeit, abgegeben. Das neue Frauchen konnte jedoch nicht mit dem lebendigen Charakter des Welpen umgehen. Die Hündin wurde schließlich im Tier-Service-

Zentrum in Bad Waldsee am Bodensee untergebracht.

Zufallsfund im Internet

Auf einer Social-Media-Plattform wurden Volker Jühlke und seine Frau durch ein süßes Foto und den Aufruf der Einrichtung auf die kleine Hündin aufmerksam. „Meine Frau hat sich auf den ersten Blick in sie verliebt“, erinnert sich Volker. Kurzerhand fuhren sie nach Bad Waldsee, um Bailey kennenzulernen. Die Chemie hat von Anfang an gestimmt. Also war die

Sache schnell klar: Bailey wurde das jüngste Mitglied der Familie Jühlke! Volker hatte schon immer eine Leidenschaft für die Vierbeiner: „Schon als Kind wollte ich unbedingt einen Hund haben, aber das haben meine Eltern nicht erlaubt. Also dachte ich mir, wieso nicht das, was man gerne macht, mit dem Beruf verbinden?“ 1997 wurde er Diensthundeführer bei der damaligen Bundesgrenzschutzinspektion Stuttgart. Seitdem hatte er vier Diensthunde. Privat ist er außerdem Herrchen eines 16 Monate alten Rauhaardackels. Die beiden Hunde verstanden sich vom ersten Beschnuppern an super.

Bailey zeigte gute Anlagen

Aufgrund einer langwierigen Knieverletzung musste Volker seinen damaligen Diensthund abgeben. Baileys neugierige Art, ihr unbändiger Spieltrieb und Lernwille zeigten Volker schnell, dass sie über gute Anlagen für einen Diensthund verfügte. Er fing an mit ihr zu trainieren. Seine Inspektions- und Dienstgruppenleitung unterstützte das Vorhaben. Fortan standen nicht nur ausgiebiges Spielen und gewisse Gehorsamsübungen auf der Tagesordnung, sondern auch das Trainieren der Bewegungssicherheit. Dadurch lernte die Hündin schnell unterschiedliche räumliche Gegebenheiten kennen, fand sich mit den vielen Umweltgeräuschen zurecht und verlor ihre anfänglich vorhandene Unsicherheit.



Volker und Bailey sorgen künftig als eingespieltes Team für Sicherheit.



Die Grundausbildung zum Diensthund wird innerhalb eines Jahres absolviert.



Dream-Team: Volker und Bailey



Bailey im Alter von neun Monaten



Bailey hat ihre große Prüfung und absolviert mit Herrchen Volker den Parcours.



Ausgeprägtes Wahrnehmungsvermögen, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wehrhaftigkeit machen einen guten Diensthund aus.

Es wird ernst

Mit elf Monaten stand für Bailey die Eignungsfeststellungsprüfung an. Dabei wurde überprüft, ob sie charakterlich zum Diensthund geeignet und wie weit ihr Spiel-, Such- und Schutztrieb entwickelt ist. Dies wurde in verschiedenen Situationen und Räumen auf die Probe gestellt. Durch das viele Training mit Volker hat sie sich nicht zögerlich gezeigt und die Prüfung mit Bravour gemeistert.

Auch Diensthunde müssen sich bewähren. Bevor sie von der Bundespolizei eingekauft werden, müssen sie eine vierwöchige Probezeit absolvieren, in der sich die Diensthundelehrwarte intensiv mit ihnen beschäftigen, um abschließend ein Urteil zu fällen. Da Bailey auch in der Bewährungsfrist als geeignet befunden wurde, fiel die finale Entscheidung beim Tierarzt. Die Diagnose: Bailey ist kerngesund und für den Polizeidienst geeignet.

Die Schäferhündin befindet sich nun in der Ausbildung zu einem Dualhund

und muss noch viel dazulernen. Dazu zählen die Bereiche Fährtenarbeit, Unterordnung und Schutzdienst. Aufgrund ihres liebevollen Wesens sieht Volker ihre Zukunft eher als Spürhund. Der Diensthundeführer integriert sie bereits so gut es geht in den Streifendienst. Es dauert etwa sechs bis neun Monate, bis sie den geforderten Stand erreicht hat und zum Grundlehrgang an eine der Diensthundeschulen der Bundespolizeiakademie nach Bleckede oder Neuendettelsau darf.

Durch dick und dünn

Als Diensthundeführer muss Volker zu jeder Zeit damit rechnen, dass Bailey im Einsatz etwas passieren kann: „Man muss sich im Vorhinein bewusst machen, dass der Hund ein Einsatzmittel ist und dabei auch verletzt werden kann. Viele entscheiden sich gegen die Verwendung als Diensthundeführer, weil einem das Tier natürlich am Herzen liegt.“ Dafür hat Volker aber den treuesten Streifenpartner an seiner Seite: „Selbst wenn sich neben Dir das Tor zur Hölle öffnet, steht der

Hund bei Dir. Er würde sein Leben für Dich geben.“

Volker ist froh, dass dieses „Experiment“ ein glückliches Ende genommen hat, sowohl für ihn und Bailey, als auch für die Dienststelle und die Bundespolizei. Denn jeder Hund hat seinen eigenen Charakter und es besteht immer das Risiko, dass der Hund nicht tauglich ist. Am Ende gehört eben auch ein Quäntchen Glück dazu. ■

Finanzieller Bonus für herausragende Beiträge

Leistungsprämien

Text Heike Bremer

Gegenseitige Wertschätzung und Respekt bilden im täglichen Arbeitsleben eine wichtige Grundlage für ein gutes Arbeitsklima. Das beinhaltet auch eine positive Fehlerkultur. Neben konstruktiver Kritik sollte auch Zeit für ein Dankeschön oder ein paar lobende Worte für gute Arbeit sein. Noch greifbarer und nachhaltiger wird die Anerkennung durch einen Obolus, der die Leistungen finanziell honoriert. Angehörige der Bundespolizei können eine solche Einmalzahlung in Form einer Leistungsprämie erhalten.

Sie kann sowohl für eine einzelne Person als auch für ein ganzes Team gewährt werden. Die rechtlichen Grundlagen für Beamtinnen und Beamte ergeben sich aus dem Bundesbesoldungsgesetz und der Bundesleistungsbesoldungsverordnung und finden in Anlehnung daran auch für Tarifbeschäftigte Anwendung. Die Haushaltsmittel weist das Bundesministerium des Innern und für Heimat jährlich zu, wobei ein Eigenanteil durch den Haushalt der Bundespolizei aufzubringen ist. Dies erfolgt in der Regel zum Ende der ersten Jahreshälfte. Da die Leistungsprämie in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der erbrachten Leistung stehen sollte, gibt es zusätzlich die Möglichkeit einer Vorweggewährung. Sollte demnach bereits zu Beginn eines Jahres eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter so handeln, dass eine Prämie angemessen scheint, kann diese ohne weiteren Verzug aus dem Topf des bundespolizeilichen Eigenanteils ausgezahlt werden. Von dieser Möglichkeit wird nur in Einzelfällen Gebrauch gemacht.

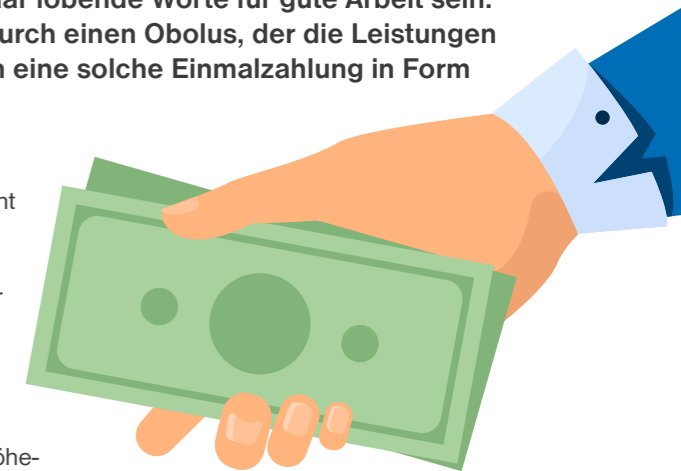
Die Prämienhöhe ist je nach Besoldungs- oder Entgeltgruppe begrenzt. So kann eine Einmalzahlung bis zur Höhe des Anfangsgrundgehaltes erfolgen. Wird die Leistung arbeitsteilig durch mehrere Beteiligte erbracht, kann die Prämie für das Team ausgezahlt werden. In diesem Fall darf sie die Gesamthöhe von 250 Prozent des Anfangsgrundgehaltes des Teammit-

glieds mit der höchsten Besoldungs- oder Entgeltgruppe nicht überschreiten. Maximal dürfen 15 Prozent des Personalbestandes in einem Haushaltsjahr eine Prämie erhalten. Dabei sollen sich die individuellen Zahlungen aber auch lohnen. Das heißt idealerweise: weniger Prämiierte, dafür mit höheren Summen. Eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip wird damit vermieden.

Doch wie definiert sich eine herausragende Leistung?

Wie grenzt sie sich von regelmäßig erbrachten Leistungen ab? Beschreibungen oder gar konkrete Beispiele dazu lassen sich in den gesetzlichen Grundlagen nicht finden. Hier sind Erfahrungswerte gefragt.

Ein „Klassiker“ sind lebensrettende Maßnahmen. Eine Bundespolizistin, die einen Reisenden durch gutes Zureden und mit viel Empathie davon abbringt, sich in suizidaler Absicht von einer Brücke zu stürzen, hat unstrittig eine ebenso herausragende Tat vollbracht wie ihr Kollege, der durch die Anwendung einer Herzdruckmassage eine leblose Person reanimiert. Dies sind natürlich eher die Ausnahmen. Denkbar ist auch die Auszeichnung für besondere Projektarbeiten. Das Einbringen innovativer Ideen oder überdurchschnittliches Engagement sind dabei ebenso prämienswürdig wie die kreative



Ausschöpfung bestehender Ressourcen und Netzwerke. Gleichmaßen können Handlungen berücksichtigt werden, die sich in besonderem Maße positiv auf einzelne Einheiten ausgewirkt haben. Beispielsweise können konkrete, messbare Verdienste in der Aus- und Fortbildung gewürdigt werden, ebenso wie die hochqualifizierte Einweisung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Letztlich können alle Bundespolizeiangehörigen in den Genuss der finanziellen Zuwendung kommen. Unabhängig von regelmäßig erbrachten dienstlichen Leistungen kommt es dafür nämlich nur auf eine einmalige herausragende Handlung an. Statistisch kommen diese jedoch seltener vor, sodass in der vergleichenden Gesamtbetrachtung die sonst gezeigten Leistungen und dienstlichen Erfolge sowie das Sozialverhalten sehr wohl eine gewichtige Rolle spielen. Die Qualität der Arbeit und das Engagement sind demnach ebenso relevant wie kollegialer Umgang und Zuverlässigkeit. ■

Polizeiliche Präventionsarbeit mündet in Kunstprojekt

Schulklasse setzt sich kreativ mit der Flutkatastrophe im Ahrtal auseinander

Text Marcus Büchner

Als im Juli 2021 die Regenmassen das Ahrtal und weitere Regionen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in die Katastrophe stürzten, genossen die Schülerinnen und Schüler der Lothar-von-Faber-Schule in Nürnberg noch ihre Sommerferien. Doch die dramatische Entwicklung in den betroffenen Regionen drängte sich durch die Medien in das Bewusstsein der Klasse 12 GE. Ihre Anteilnahme wollten die jungen Menschen in aktive Hilfe umsetzen. Mit diesem Gedanken begannen sie das neue Schuljahr.

Die Klasse traf auf ihre Lehrerin Katharina Timmig, die sich selbst mit Spenden für die Betroffenen im Katastrophengebiet einsetzte. Die Schülerinnen und Schüler fassten den Plan, sich ebenfalls auf konstruktive Weise mit dem Geschehen zu beschäftigen.

Aktion für mehr Zivilcourage

Sie nutzten die Gelegenheit, dass der Präventionsbeauftragte der Bundespolizeiinspektion Nürnberg, Maik Kaiser, eine Präventionsveranstaltung zu dem Thema Zivilcourage durchführte. So konnten sie ihre Anteilnahme

im Rahmen eines Kunstprojektes ausdrücken. Die Präventionsveranstaltung, die auf der Aktion für mehr Zivilcourage „www.aktion-tu-was.de“ basiert, ließ den Spielraum offen, sich mit einzelnen dort vermittelten Regeln auseinanderzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler setzten eine dieser Regeln künstlerisch um: „Kümmere Dich um Opfer“.

„Gänsehaut“

An dieser Stelle griffen die Präventionsarbeit, das Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler, sich mit der

Flutkatastrophe zu beschäftigen und die Kreativität der jungen Menschen ineinander. Heraus kam eine Sammlung beeindruckender Zeichnungen. Die individuell konzipierten und stilistisch vielfältig umgesetzten, von Hand gezeichneten Storys entstanden nach intensiver Recherche. Sie stellen jedoch keine tatsächlichen Begebenheiten dar, um Persönlichkeitsrechte nicht zu verletzen. Die Geschichten wurden als Heft unter dem Titel „Gänsehaut“ gebunden und durch die Bundespolizei in geringer Auflage gedruckt. Einige Exemplare sendete die Klasse an Ministerien und Kommunen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Dass Prävention nicht nur kreative Prozesse auslösen kann, sondern auch konkrete Anwendung findet, verdeutlicht die Schülerin Toril Painta im Interview mit der **kompakt**. Während einer bedrohlichen Situation mit einem alkoholisierten und aggressiven Fahrgast in einem Zug entfernte sie sich bewusst mit einer Freundin aus dieser Situation und verhinderte so eine körperliche oder verbale Konfrontation mit diesem. Somit setzte sie eine der zuvor vermittelten Grundsatzregeln der Zivilcourage „Hilf, aber bring Dich nicht in Gefahr“ vorausschauend um. ■



Schülerinnen und Schüler der Lothar-von-Faber-Schule in Nürnberg

Tipps für den Ruhestand – Teil 3

Ein neuer Lebensabschnitt beginnt

Text Lea Benz

Ob Gesundheitsvorsorge, Umzug oder neue Tätigkeit – mit dem Ende des aktiven Berufslebens stehen Beamtinnen und Beamte vor zahlreichen finanziellen, gesellschaftlichen und familiären Veränderungen. Welche das sind, können Sie in den ersten beiden Teilen der Serie „Ein neuer Lebensabschnitt beginnt – Tipps für den Ruhestand“ nachlesen. Doch auf welche Umstellungen müssen sich Tarifbeschäftigte bei ihrem Renteneintritt vorbereiten?

Der wohl wichtigste Aspekt ist die Rente. Tarifbeschäftigte haben einen Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sofern die erforderliche Wartezeit sowie die jeweiligen versicherungsrechtlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Grundsätzlich beziehen ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die sogenannte Altersrente. Kommt es allerdings schon vor Beginn des regulären Rentenalters ab 67 Jahren zu gesundheitlichen Problemen, die die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen, so kann eine Erwerbsminderungsrente ihr Einkommen ergänzen oder gänzlich ersetzen. Für Tarifbeschäftigte, die in die Laufbahn einer Verwaltungsbeamtin oder eines Verwaltungsbeamten überführt werden, gibt es eine zusätzliche Besonderheit: Zustehende Renten werden auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Dabei werden alle Altersversorgungen, wie Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrenten, berücksichtigt. Auskunft hierzu gibt es auf der Internetseite des Zolls unter der Rubrik „Zusammenreffen von Versorgungsbezügen mit Renten“.

Bei Krankheit gut versichert?

Wer gesetzlich pflichtversichert ist und die entsprechende Vorversicherungszeit erfüllt, ist bei Renteneintritt automatisch in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) versichert. Alle anderen können sich ab diesem Zeitpunkt freiwillig gesetzlich oder privat versichern. Auf Antrag zahlt die

Rentenversicherung zudem einen Beitragszuschuss zur ausgewählten Krankenversicherung. Ein möglicher Anspruch auf Gewährung einer Beihilfe nach tarifvertraglichen Regelungen entfällt jedoch mit dem Ausscheiden aus dem Dienst.

Informationen und Auskünfte rund um die Themen Rente und Krankenversicherung erhalten Betroffene bei den Beratungsstellen der verschiedenen Rentenversicherungsträger, den gesetzlichen Krankenkassen und den privaten Krankenversicherungsunternehmen.

Tapetenwechsel im Ruhestand

Während ihrer Dienstzeit haben Beamtinnen und Beamte einen Anspruch auf Umzugskostenvergütung bei Wohnungswechseln, die im Zusammenhang mit dem Dienstverhältnis stehen.

Die im Bundesumzugskostengesetz (BUKG) genannten Regelungen treffen ebenso bei Tarifbeschäftigten zu. Daher werden Umzüge anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie aus gesundheitlichen Gründen finanziell unterstützt. Für Letztgenanntes muss eine entsprechende Bescheinigung über die Notwendigkeit durch einen Amts- oder Vertrauensarzt vorgelegt werden. Empfehlenswert ist in jedem Fall eine vorherige Rücksprache mit der ehemaligen Beschäftigungsbehörde. Dann steht einem Wohnungswechsel nichts mehr im Wege.

Urlaub, Dienstbekleidung oder die Betreuung ehemaliger Angehöriger der Bundespolizei – viele Punkte gehen alle Pensionäre etwas an. Diese Aspekte greifen wir im letzten Teil unserer Serie auf. Seien Sie gespannt. ■





Ralf Betz vom Bundespolizeirevier Emden schickte uns dieses Foto von der Waterkant – norddeutsch für Küste – in Emden (Ostfriesland). Kurz nach Sonnenaufgang geht es für die Streife los zur Schiffskontrolle.



www.bundespolizei.de
www.komm-zur-bundespolizei.de



BUNDESPOLIZEI